



Wolf Gruner

# Die Judenverfolgung im Protektorat Böhmen

Lokale Initiativen, **und Mähren**  
zentrale Entscheidungen,  
jüdische Antworten

1939–1945

Wallstein

Wolf Gruner  
Die Judenverfolgung  
im Protektorat Böhmen und Mähren



Wolf Gruner

Die Judenverfolgung  
im Protektorat  
Böhmen und Mähren

Lokale Initiativen, zentrale Entscheidungen,  
jüdische Antworten 1939 – 1945



WALLSTEIN VERLAG

**Bibliografische Information der deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2016

[www.wallstein-verlag.de](http://www.wallstein-verlag.de)

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond  
Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf  
Umschlagbild: Jüdische Auswanderungswillige  
vor der deutschen Paßstelle in Prag 1939. © bpk

ISBN (Print) 978-3-8353-1910-3

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4008-4

# Inhalt

*Einleitung*

7

*Die ČSR und ihre Minderheiten*

23

*Annexion: Gewalt, Flucht, Emigrationsverbot*

44

*Deutsche Vertreibung und tschechische Verfolgung*

69

*Der Krieg und großdeutsche Deportationspläne*

86

*Reorientierung, Ghettoisierung und Protest*

107

*Lokale versus zentrale Verfolgungsinitiativen*

138

*Isolierung, Zwangseinsatz und Opposition*

158

*Repression, Deportation und Widerstand*

193

*Transporte und Raub, Zwangsarbeit und Flucht*

226

*Die Zurückbleibenden und das Kriegsende*

271

*Zusammenfassung*

289

*Anmerkungen*  
308

*Dank*  
393

*Abkürzungen*  
394

*Tabellen*  
395

*Quellen und Literatur*  
405

*Abbildungsverzeichnis*  
422

*Namensregister*  
423

*Orstregister*  
427

## Einleitung

Über den Tag, an dem die Verordnung über die Einführung des »Judensterns« im Großdeutschen Reich in Kraft trat, notierte der 13jährige Petr Ginz in Prag: »Es ist neblig. Die Juden müssen ein Abzeichen tragen [...]. Auf dem Weg zur Schule habe ich 69 Sheriffs gezählt, Mama hat dann über Hundert gesehen.«<sup>1</sup> Während die Geschichtsschreibung zur antijüdischen Politik im Protektorat Böhmen und Mähren in der Einführung des »Judenkennzeichens« bisher einfach nur die Anwendung eines deutschen Gesetzes sah, hatte dies einen viel interessanteren und komplexeren Hintergrund. Der Impuls zu dieser reichsweiten Verordnung kam nämlich im Juli 1941 aus der Hauptstadt des Protektorats und nicht aus Berlin, wo der Vorschlag lediglich von Goebbels adoptiert wurde.

Wie zu zeigen sein wird, war diese Idee aber nicht vom deutschen Reichsprotektor allein entwickelt, sondern durch frühere Eingaben tschechischer Faschisten angeregt und von der tschechischen Regierungspartei diskutiert worden. Die folgende Studie widmet sich daher einer ganzen Reihe neuer Fragen: Wie sind die Anteile der deutschen und der tschechischen Verfolgungspolitik im Protektorat zu gewichten? Welche Reichweite und Bedeutung hatten lokale und regionale Initiativen? Wie eigenständig und wie radikal waren die Entwicklungen im Protektorat im Vergleich zu Deutschland, zu Österreich und zum besetzten Polen? Welche Auswirkungen hatte die Politik auf die jüdische Bevölkerung? Und – besonders wichtig – wie reagierten die tschechischen Juden auf die radikalisierte Verfolgung?

Die Bedeutung der Judenpolitik im annektierten Böhmen und Mähren für den generellen Verlauf und für die Verschärfung der antijüdischen Politik im Großdeutschen Reich wurde bisher von der Forschung übersehen. Das gilt nicht nur für Initiativen des Reichsprotektors sowie anderer deutscher Dienststellen, sondern noch mehr für Maßnahmen der tschechischen Regierung, der tschechischen Ministerien und tschechischer Organisationen. Nach dem Münchner Abkommen und dem Gewinn des Sudetengebietes hatte der NS-Staat am 15. März 1939 die »Resttschechei« okkupiert. Hitler erklärte das neugeschaffene »Protektorat Böhmen und Mähren« zu einem semiautonomen Bestandteil des Reiches. Von über 118.000 im böhmischen und mährischen Teil der früheren Tschechoslowakischen Republik lebenden Juden konnten bis Oktober 1941 nur etwa 25.000 flüchten. Deutsche und tschechische Behörden radikalisierten dort die antijüdische Politik rasch. Juden wurden

ihres Eigentums beraubt und – wie bisher kaum bekannt – bereits 1940 teilweise ghettoisiert, später, als sich frühe Deportationspläne zerschlugen, zur Zwangsarbeit herangezogen, schließlich ab 1941 entweder nach Osten oder ins Ghetto Theresienstadt gebracht und von dort aus weiter deportiert. Dem Holocaust fielen rund 80.000 Juden aus Böhmen und Mähren zum Opfer.<sup>2</sup>

Während die antijüdische Politik in Österreich nach dem »Anschluß« wegen der rohen Gewalt und der radikalen Maßnahmen in den ersten Wochen sowie deren Auswirkungen auf die Politik der Reichsregierung und wegen des massiven Engagement von Österreichern bei der Judenvernichtung in neueren Überblickswerken zum Dritten Reich bzw. zum Holocaust ausführlich behandelt wird<sup>3</sup>, spielte die Judenverfolgung im Protektorat Böhmen und Mähren weder in den frühen Überblicksdarstellungen von Raul Hilberg<sup>4</sup> und Uwe-Dietrich Adam<sup>5</sup> noch in den wichtigen Studien der letzten 20 Jahre, etwa von Peter Longerich oder – dem in Prag geborenen – Saul Friedländer eine Rolle.<sup>6</sup> Auch in dem von Dan Stone 2004 herausgegebenen Werk zur Geschichtsschreibung des Holocaust ist die fast völlige Abwesenheit dieses Kapitels der NS-Judenverfolgung bezeichnend. In den von internationalen Historikern verfaßten thematischen Abhandlungen finden sich gerade einmal zwei kurze Erwähnungen des Protektorats.<sup>7</sup> Während Christian Gerlach sich in seinem jüngsten Buch zur Vernichtung der Juden mehrmals kurz in vergleichenden Betrachtungen auf die Verhältnisse im Protektorat bezieht, widmet David Cesarani diesen nur wenige Seiten in seinem nachgelassenen, umfangreichen Werk und konzentriert sich statt dessen auf Polen.<sup>8</sup>

Die Tatsache, daß nur fünfeinhalb Monate nach der Errichtung des Protektorats das NS-Regime Polen überfiel, überschattete, ja verdeckte für viele Historiker die Geschichte der Verfolgung im tschechischen Teil der vormaligen Tschechoslowakischen Republik. Die Massenmorde durch die SS-Einsatzgruppen gleich nach der Invasion, die radikale Judenverfolgung und schließlich die Errichtung der Vernichtungslager im besetzten Polen ließen wohl die Ereignisse im Protektorat Böhmen und Mähren als unwesentlich für das Verstehen des sich entfaltenden Genozids an den Juden Europas erscheinen.<sup>9</sup> Die schiere Masse der jüdischen Opfer in Polen verbot anscheinend jeden Vergleich.

Während Österreich und Polen schon vor und auch noch nach der deutschen Okkupation als Länder mit vitalem Antisemitismus galten, erschien im Gegensatz dazu die Tschechoslowakei als Erfolgsstory hinsichtlich der Behandlung der jüdischen Minderheit. Der aus dem Zerfall des Habsburgerreiches hervorgegangene Staat galt als Demokratie, in der

im europäischen Vergleich kaum Antisemitismus existierte, und wenn doch, dann sofort bekämpft wurde. Doch stellen jüngste Forschungen das heile Bild in Frage: Ein Großteil der vom Staatsgründer Masaryk propagierten und von dem Kult um ihn verkörperten Legende entspreche mehr einer Idealvorstellung als der Realität.<sup>10</sup> Nicht übersehen werden darf zudem, daß die im Herbst 1938 entstandene kurzlebige Zweite Tschecho-Slowakische Republik eine autoritäre Staatsform hatte und – wie zu zeigen sein wird – stark antisemitisch agierte. Die tschechische Protektoratsregierung übernahm 1939 mehrere Minister und Ministerpräsident Hácha von der Zweiten Republik, die damit eher für eine Kontinuität antijüdischer Maßnahmen standen, als daß sie eine von den Deutschen geforderte Politik lediglich umsetzten.

Das bedeutet, wir müssen eine Reihe traditioneller Annahmen revidieren, die unser Verständnis des Holocaust prägen: Die Judenverfolgung im Protektorat wurde nicht allein von Berlin aus gesteuert, wenngleich zentrale Pläne, wie bei den Deportationen, Einfluß auf die Politik im Protektorat gewannen. Wie in den 1990er Jahren für Polen und Deutschland festgestellt<sup>11</sup>, demonstriert die hier vorgelegte Studie zum Protektorat die Bedeutung von regionalen und lokalen Initiativen für die Entwicklung und Radikalisierung der Judenverfolgung, dabei kommen hier erstmals nichtdeutsche Instanzen stärker ins Spiel. Viele Beamte in deutschen und tschechischen Behörden beteiligten sich an der Gestaltung und Verschärfung der Verfolgungsmaßnahmen, aber nicht, wie oft angenommen, aus Machtkalkül in Konkurrenzsituationen, wie es die Polykratiethese nahelegt, sondern aus unterschiedlichen Interessen entweder in enger Kooperation oder auch unabhängig voneinander.<sup>12</sup> Manche der Protektoratsinitiativen beeinflussten die Politik in anderen annektierten Gebieten, einige sogar Entscheidungen in Berlin. Das hatte auch mit dem Personal zu tun. Viele Protagonisten der Judenverfolgung im besetzten Europa, unter ihnen Joseph Bürckel, Adolf Eichmann, Reinhard Heydrich, arbeiteten für längere Zeit in Prag.<sup>13</sup>

Die hier vorgelegte Studie dokumentiert im Detail die Auswirkungen der Verfolgungspolitik auf die jüdische Bevölkerung im Protektorat, ihre Verarmung und sinkenden Emigrationschancen. Sie weist nach, daß jüdische Zwangsarbeit kein Element der Vernichtung war, sondern eine Antwort auf die erzwungene Erwerbslosigkeit der Juden darstellte. Sie war vielmehr ein Grundelement der Judenverfolgung, bei dem spezifische soziale und wirtschaftliche Interessen häufig ideologische Ziele überwogen.<sup>14</sup>

Die Untersuchung demonstriert außerdem, wie die jüdischen Gemeinden und ihre Funktionäre im Protektorat unter strikter Observation

der Sicherheitspolizei aktiv versuchten, mit dem Ausbau der Fürsorge, der Auswanderungshilfe und des Arbeitseinsatzes die Verfolgungsauswirkungen zu mildern, zum Teil unter Ausnutzung der differierenden Interessen verschiedener Behörden. Während bisher der jüdische Widerstand für das Protektorat meist als Arbeit im Untergrund, als das Verbreiten verbotener Literatur, als die Beschaffung gefälschter Papiere oder als Sabotage beschrieben wurde<sup>15</sup>, wird in dieser Studie eine von mir erweiterte Definition Yehuda Bauers benutzt. Als jüdischen Widerstand verstehe ich jede *individuelle* und kollektive Aktion gegen antijüdische Gesetze, Aktionen und Pläne der deutschen und tschechischen Behörden.<sup>16</sup> Dies eröffnet eine neue Perspektive auf die Handlungen von jüdischen Gemeindevertretern ebenso wie auf das Verhalten zahlloser Individuen.

Die in diesem Buch dokumentierten vielfältigen Widerstandsakte von jüdischen Tschechen stellen die traditionelle Auffassung einer passiven Hinnahme der NS-Verfolgung durch die Juden deutlich in Frage. Alle hier für das Protektorat Böhmen und Mähren diskutierten Themen verändern somit unsere generelle Sicht auf die Judenverfolgung während des Zweiten Weltkrieges in Europa.

Als einziges für die Gesamtgeschichte bedeutsames Element der Judenverfolgung im Protektorat hatten Historiker bislang das Ghetto Terezin (Theresienstadt) diskutiert, oft aber nur wegen der Massendeportation deutscher Juden dorthin. Aus deutscher Sicht, das gilt auch für die DDR-Historiographie, schien das Protektorat meist nur als Beispiel der NS-Germanisierungspolitik bzw. wegen des tschechischen Widerstandes gegen die NS-Okkupation interessant. Wie in den meisten vom Deutschen Reich okkupierten Staaten stand nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges das Schicksal der Mehrheitsbevölkerung und ihres Widerstandskampfes im Mittelpunkt des Interesses, nicht aber das Leiden der jeweiligen jüdischen Bürger, denn für das waren in Teilen immer auch ihre Landsleute mitverantwortlich, die entweder mit den Deutschen kooperiert, selbst antijüdisch gehandelt oder sich am Eigentum ihrer jüdischen Mitbürger bereichert hatten. Das gilt für westliche Staaten Europas ebenso wie für die später sozialistischen Länder. Zwar hatten in der ersten Nachkriegsphase Prozesse gegen einzelne Täter mit oft drastischen Urteilen stattgefunden, doch Verfolgung und Kollaboration fanden erst in den 1990er Jahren überall in Europa Aufmerksamkeit, so auch in der Tschechischen Republik.<sup>17</sup>

Historiker und Historikerinnen nahmen daher lange einhellig an, daß zum Zeitpunkt der jeweiligen Annexion die damals aktuelle antijüdische Politik von Deutschland auf die neuen Gebiete übertragen worden sei.

Früh schon, noch im Weltkrieg, entstand in Europa und in der Welt – aus einer beschränkten Außensicht – die Legende, die Deutschen hätten den Tschechen die antijüdische Politik diktiert.<sup>18</sup> Intensivere Forschungen zum Protektorat schien in Deutschland seit 1969 Detlef Brandes mit seinem gewichtigen Werk zur NS-Herrschaft im Protektorat und der Diagnose überflüssig gemacht zu haben, daß die tschechische Seite sich damals geweigert hätte, antijüdische Gesetze zu erlassen, weshalb das der deutsche Reichsprotektor für Böhmen und Mähren dann übernommen habe.<sup>19</sup> Bei Eva Schmidt-Hartmann heißt es Anfang der 1990er Jahre zum Protektorat Böhmen und Mähren, es habe sich um »ähnliche und prinzipiell gleiche Regelungen« gehandelt wie »in allen anderen von Deutschland besetzten Ländern«.<sup>20</sup> Diese Sichtweise dominiert in Varianten bis heute.<sup>21</sup>

Die Frage nach einer möglicherweise eigenständigen Entwicklung im Protektorat, wie eben auch in anderen angegliederten Gebieten, hat die historische Forschung bisher ignoriert, obwohl doch komplexe Bevölkerungskonstellationen, unterschiedliche Wirtschaftssituationen sowie differierende politische Interessen von Institutionen und Akteuren, ob von deutscher oder einheimischer Seite, nicht ohne Auswirkungen auf die Judenverfolgung hatten bleiben können. Wie im Folgenden demonstriert werden kann, macht eine detaillierte Analyse der antijüdischen Politik und der daran beteiligten Instanzen Annahmen, Berlin oder gar die NSDAP allein hätten in den annektierten Gebieten das Vorgehen bestimmt, obsolet.<sup>22</sup> Die NS-Judenverfolgung radikalisierte sich eben nicht stetig von einer Annexion zur nächsten nach ideologischen Vorgaben aus Berlin, sondern eine Vielzahl deutscher wie auch nichtdeutscher Akteure reagierten auf spezifische wirtschaftliche, soziale, demographische und politische Konstellationen vor Ort, weshalb bestimmte Maßnahmen in den verschiedenen Gebieten zu ganz unterschiedlichen Zeitpunkten eingeführt wurden, andere jedoch gar nicht.<sup>23</sup>

Noch während des Krieges schien diese eigenständige Politikentwicklung im Protektorat den Zeitgenossen bewußt gewesen zu sein, das gilt für Vojta Beneš und Roderick Ginsburg mit ihrem 1940 in den USA erschienenen Buch »10 Million Prisoners« ebenso wie für die von Gerhard Jacoby 1944 unter dem Titel »Racial State« vorgelegte Arbeit zur Besatzung und Verfolgung im Protektorat Böhmen und Mähren.<sup>24</sup> Das Gebiet spielte auch eine wichtige Rolle in frühen Überblickspublikationen, wie »Hitler's Ten Year War against the Jews« (1943), Raphael Lemkins »Axis Rule in Occupied Europe« (1944) und »The Black Book. The Nazi Crime against the Jewish People« (1946).<sup>25</sup>

Zur gleichen Zeit entstand allerdings auch bereits die Legende, daß die tschechische Regierung als bloßer Befehlsempfänger für die antijüdische Politik des Reichsprotectors agiert hätte. Sogar bei nachgewiesenen Initiativen der tschechischen Regierung oder lokaler Stellen wurde behauptet, sie hätten den Stempel der Deutschen getragen. Zwar sei die Segregation der Juden von lokalen Behörden vorangetrieben worden, aber unter dem Druck der NS-Landräte.<sup>26</sup>

## Stand der Forschung

Bis 1990 befaßten sich nur wenige Historiker mit der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft in den annektierten Gebieten und in Deutschland ausschließlich fokussiert auf die deutsche Besatzungspolitik.<sup>27</sup> Erst in den 1980er Jahren wurde auch die antijüdische Politik für die angegliederten Territorien untersucht.<sup>28</sup> In der DDR erschien seit 1988 die bis zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten nicht vollendete vielbändige Dokumentenserie »Europa unterm Hakenkreuz«, in der auch das Protektorat eine wichtige Rolle spielte.<sup>29</sup> Die auf 16 Bände angelegte Quellenedition »Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945«, die unter Mitwirkung des Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte Berlin–München sowie des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau seit 2005 entsteht, enthält zentrale und wichtige Dokumente aus deutschen und internationalen Archiven zum Protektorat Böhmen und Mähren, nun nicht nur mehr für die Besatzungspolitik, sondern auch zu den Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung.<sup>30</sup> Letzteres trifft auch für die vom United States Holocaust Memorial Museum jüngst herausgegebene Dokumentenedition zu.<sup>31</sup>

In Deutschland erschienen in den letzten zwei Jahrzehnten zwar diverse Studien, die das Protektorat einschlossen, es aber selten gesondert analysierten. Isabel Heinemann befaßte sich in ihrer Studie von 2003 zum Rasse- und Siedlungshauptamt der SS auch mit dessen »rassischer« Bestandsaufnahme in Böhmen und Mähren.<sup>32</sup> Erst kürzlich untersuchte Detlef Brandes die »Volkstumspolitik« des NS-Regimes im Protektorat genauer.<sup>33</sup> Mit der »Volkstumspolitik« und der »Judenpolitik« als Elemente der NS-Besatzungspolitik in Böhmen und Mähren beschäftigten sich auch die neuen biographischen Studien von René Küpper zu Karl Hermann Frank, dem Staatssekretär beim Reichsprotector bzw., ab 1943,

Staatsminister im Protektorat, sowie von Robert Gerwarth zu Reinhard Heydrich, der von Ende September 1941 bis zu seinem Tod Anfang Juni 1942 die Geschäfte des Reichsprotectors führte.<sup>34</sup> Die österreichische Historikerin Gabriele Anderl beschrieb wiederum 1994 in einem Aufsatz die drei für die Verfolgungsgeschichte wichtigen Zentralstellen für jüdische Auswanderung in Wien, Prag und Berlin.<sup>35</sup> Wirtschaftliche Zusammenhänge sind dagegen besser erforscht. Studien haben den Raub jüdischen Vermögens für Böhmen und Mähren untersucht. Zunächst geschah dies im Zuge von vergleichenden Überblicken bzw. Unternehmensgeschichten, die oft in Kooperation von deutschen und tschechischen Wissenschaftlern entstanden, zuletzt auch in eigenständigen Arbeiten in der Tschechischen Republik.<sup>36</sup> Zudem analysierte neuerdings die Forschung in verschiedenen Ländern die Frage der nationalen Identität und das Zusammenleben von Tschechen, Deutschen und Juden in Böhmen und Mähren sowie insbesondere in Prag.<sup>37</sup>

In der Tschechoslowakischen Republik wiederum stammten die frühen Darstellungen zur Verfolgungspolitik von Autoren, wie H. G. Adler, die selbst deren Opfer geworden waren.<sup>38</sup> Systematische Forschungen setzten ab Mitte der 1970er Jahre aufgrund der Bemühungen von Miroslav Kárný ein.<sup>39</sup> Doch lange beherrschte Verdrängung das Feld, und das schien nicht allein an der kommunistischen Geschichtsschreibung zu liegen, da diese Feststellung auch für Memoiren und Darstellungen zutrifft, die jenseits des Eisernen Vorhangs erschienen sind, und ebenso (und insbesondere) für die sudetendeutsche Geschichtsschreibung.<sup>40</sup> Seit Beginn der 1990er Jahre fand das Thema – neben dem bis dahin dominierenden Schicksal der nichtjüdischen Tschechen und ihrem Widerstand gegen die Besatzung – deutlich mehr Beachtung.<sup>41</sup> Nun edierten tschechische Forscher, voran wieder Miroslav Kárný, wichtige Monographien und Dokumentensammlungen.<sup>42</sup> Neue Impulse verlieh das 1993 in Prag gegründete »Institut Terezinské Iniciativy« (Institut Theresienstädter Initiative) der Forschung.<sup>43</sup> An der Abteilung für jüdische Geschichte des Instituts für Zeitgeschichte an der Prager Akademie der Wissenschaften entstanden u. a. ein Band mit Quellen und eine Aufsatzsammlung zur Lage der Juden im Protektorat.<sup>44</sup>

Eine erste größere Überblicksdarstellung zur Geschichte der Juden im Protektorat legte 2005 Livia Rothkirchen in Israel vor. Sie wertete viele Berichte jüdischer Einrichtungen bzw. diplomatische Vertretungen aus, schrieb jedoch erstaunlich wenig über die antijüdische Politik sowie die Lage und den Alltag der jüdischen Bevölkerung.<sup>45</sup> Oft wird in ihrer Darstellung nicht deutlich, wann antijüdische Maßnahmen erlassen

wurden, wann Ausschreitungen passierten und wer dafür verantwortlich war.<sup>46</sup> Marc Oprachs »Nationalsozialistische Judenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren« (2006) blieb aufgrund beschränkter Quellen in der Analyse leider an der Oberfläche.<sup>47</sup> Darstellungen, die nicht nur die antijüdische Politik selbst, sondern ihre Wirkungen sowohl auf die jüdischen Institutionen als auch auf die jüdische Bevölkerung, und das in Prag und der sogenannten Provinz, analysieren, fehlen bisher ebenso wie Untersuchungen zur Geschichte der jüdischen Gemeinden in Prag und anderen Städten.<sup>48</sup>

## Forschungsansatz

Der Autor des hier vorliegenden Buches veröffentlichte seit dem Jahr 2005 erste Studien, die sowohl die Entwicklung einer eigenständigen antijüdischen Politik im Protektorat beschrieben als auch neben den deutschen Okkupationsinstanzen der tschechischen Regierung und ihren untergeordneten lokalen Behörden eine maßgebliche Rolle dafür zuwiesen.<sup>49</sup> Die Existenz solch eigenständiger regionaler Verfolgungsentwicklungen im besetzten Europa, die zum Teil sogar Berliner Politik beeinflussten, bestätigten die vergleichenden Forschungen in dem vom Autor zusammen mit Jörg Osterloh 2010 herausgegebenen Band »Das Großdeutsche Reich und die Juden« für diverse vom NS-Staat annektierte Gebiete.<sup>50</sup>

Wie in der Einleitung jenes Bandes ausgeführt, schuf der NS-Staat per »Führererlaß« das Protektorat Böhmen und Mähren als Teil des Reiches, verlieh dem Gebiet aber einen Autonomiestatus. Die tschechische Protektoratsregierung sollte »auf allen nicht vom Reich in unmittelbare Verwaltung übernommenen Rechtsgebieten eigenes Recht« setzen, gerade auch in der Judenpolitik. Gleichzeitig unterstand der (deutsche) Reichsprotektor Hitler unmittelbar und unterlag nicht den Weisungen der Reichsbehörden, was ihm erheblichen Spielraum verschaffte. Alle Deutschen erhielten sofort die Reichsbürgerschaft, die Nichtdeutschen hingegen wurden zu »Protektoratsangehörigen« mit minderen Rechten.<sup>51</sup> Erst als ab 1942 alle Einwohner des Protektorats eine Kennkarte besitzen mußten, signalisierte das die Aufkündigung der staatsrechtlichen Zwitterstellung des Protektorats und seine Aufnahme in das Reich.<sup>52</sup>

Die Verwaltung der annektierten Gebiete erforderte einen enormen bürokratischen Aufwand: Entsprechende Gesetze und Verordnungen füllten in den Monaten nach den einzelnen Angliederungen das Reichs-

gesetzblatt. Obgleich die im Reichsinnenministerium von Staatssekretär Wilhelm Stuckart in Personalunion geleiteten Zentralstellen für die jeweiligen annektierten Gebiete eine effektive innenpolitische Rechtsangleichung gewährleisten sollten, unterschieden sich Zeitpunkt und Form der jeweiligen antijüdischen Maßnahmen aufgrund ungleicher lokaler Bedingungen und Interessen erheblich.<sup>53</sup>

Während im »Altreich« seit 1939 die »Reichsvereinigung der Juden in Deutschland« eine Zwangsorganisation für alle Juden unter Gestapoaufsicht bilden mußte, die Schulwesen, Wohlfahrt und Emigration organisierte, zeichnete im Protektorat Böhmen und Mähren die Kultusgemeinde Prag ab 1940 für alle Gemeinden verantwortlich. Prag folgte hier dem Wiener Vorbild, nur daß die Bevölkerung nicht in der tschechischen Hauptstadt so konzentriert lebte, wie das in Wien für Österreich der Fall war. Gerade die nur ein Jahr zurückliegenden Erfahrungen mit der Annexion Österreichs führten in einigen Fällen nach der Annexion Böhmens und Mährens zur modifizierten Anwendung der dort entwickelten Politik, in anderen Fällen jedoch aus den dort gewonnenen negativen Erfahrungen heraus zum blanken Gegenteil. Um »wilde« Raubzüge wie in Österreich zu verhindern und dem Staat seinen Anteil an der Beute zukommen zu lassen, steuerte im Protektorat Berlin von Beginn an die »Arisierung« jüdischen Eigentums.<sup>54</sup>

Noch mehr als die Erfahrungen vorheriger Annexionen bzw. die direkten Auswirkungen der besonderen Protektoratsverhältnisse prägten die Initiativen verschiedener Institutionen die Verfolgung der Juden in Böhmen und Mähren. Wie im »Altreich« und in Österreich kam es auch im Protektorat zu einer wechselseitigen Dynamisierung der antijüdischen Politik zwischen verschiedenen Instanzen, obwohl in einem okkupierten Territorium eher zu erwarten gewesen wäre, daß weniger Spielraum in der »Judenpolitik« vorhanden wäre und zentrale Anweisungen dominierten. Die Radikalisierung der antijüdischen Politik resultierte nicht nur aus einer wechselseitigen Dynamik der Maßnahmen lokaler, regionaler und zentraler Institutionen<sup>55</sup>, sondern spielte sich in einem spannungsgeladenen Viereck ab, gebildet von der Politik der Reichsregierung in Berlin, den Aktionen der deutschen Protektoratsbehörde, den Maßnahmen der tschechischen Regierung in Prag sowie den Restriktionen diverser lokaler und regionaler Behörden, was oft zu eigenständigen Entwicklungen im Protektorat Böhmen und Mähren führte.<sup>56</sup>

Diese Perspektive ist neu für die Forschung zur Judenverfolgung im Protektorat 1939-1945. Wie im Folgenden zu sehen sein wird, verfügten die tschechischen Behörden und die tschechische Regierung ebenso wie

der deutsche Reichsprotektor mit seiner Behörde und die SD-Zentralstelle vor Ort über große Spielräume zur Gestaltung der antijüdischen Politik. Wie schon in Deutschland und Österreich zeigt sich damit auch hier, daß keineswegs allein Berlin bzw. die typischen Verfolgungsinstitutionen, wie SS und Gestapo<sup>57</sup>, die antijüdische Politik dominierten oder deren Richtung bestimmten.

Im Protektorat beteiligten sich die tschechische Regierung, die tschechischen Ministerien und die tschechischen Stadtverwaltungen auf der einen Seite, das Amt des deutschen Reichsprotektors, deutsche Oberlandräte und Bürgermeister sowie die im Juli 1939 in Prag gegründete »Zentralstelle für jüdische Auswanderung« Eichmanns auf der anderen Seite gleichermaßen initiativ an der Diskriminierung der Juden. Während der Reichsprotektor und die Sicherheitspolizei vor allem die »Arisierung« jüdischer Firmen forcierten, trieben die tschechische Protektoratsregierung, die Oberlandräte und Kommunen die Separierung der jüdischen Bevölkerung im öffentlichen Leben voran. Deutsche und tschechische Antisemiten verübten Gewaltakte in bisher kaum bekanntem Ausmaß und übten Druck auf deutsche und tschechische Behörden aus. Einige Initiativen aus dem Protektorat beförderten zentrale Entscheidungen im Deutschen Reich, andere beeinflussten Maßnahmen in anderen besetzten Gebieten. Das Protektorat nimmt also eine bisher verkannte, wichtige Stellung in der Radikalisierung der antijüdischen NS-Politik ein.<sup>58</sup>

Im ersten Kapitel des Buches steht die Situation vor der deutschen Annexion im Mittelpunkt, und zwar beginnend mit den Geburtswehen der Tschechoslowakischen Republik nach dem Ersten Weltkrieg. Die Studie geht auf die sozialen, demographischen, wirtschaftlichen, politischen und staatlichen Verhältnisse, außerdem auf die Lage der Juden, Deutschen und Tschechen im neuen Staat ein. Es wird die traditionelle Annahme eines im europäischen Vergleich geringen Antisemitismus diskutiert, ebenso das Erstarken der deutschen Minderheit und deren Destabilisierungsversuche. Das Kapitel endet mit der Analyse der Politik der Zweiten Republik nach dem Münchner Abkommen, insbesondere der Diskussion zur Aufnahme der wachsenden Zahl jüdischer Flüchtlinge und der antijüdischen Maßnahmen seitens der tschechischen Regierung, die Monate vor der Okkupation initiiert wurden.

Im zweiten Kapitel werden die deutsche Besetzung im März 1939, die Verfolgungen während der ersten Wochen sowie die ersten staatsrechtlichen Maßnahmen unter deutscher Annexion geschildert. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den antijüdischen Impulsen, die – wie bereits angemerkt – nicht allein aus Deutschland stammten. Volksdeutsche

und Tschechen verübten Gewaltaktionen in der ersten Phase. Diskutiert wird, welche Institutionen erste Verfolgungsmaßnahmen initiierten und auf welchem Feld der Gesellschaft. Behandelt wird auch, warum die Gestapo nach der Okkupation zunächst überraschend die Emigration der Juden im Protektorat verbot, obwohl deren Vertreibung doch anerkanntes Ziel der deutschen Politik war.

Die Eingliederung in das Deutsche Reich und die Etablierung der wichtigsten Verwaltungen sind Gegenstand des dritten Kapitels. Diskutiert wird unter anderem: Welche Personen und Institutionen trieben die antijüdische Politik voran? Wie wirkten die antijüdischen Maßnahmen auf die jüdische Bevölkerung und wie reagierten die jüdischen Gemeinden? Deutlich wird, daß die meisten antijüdischen Initiativen von der tschechischen Seite ausgingen, allerdings achtete die deutsche Seite vor allem auf die Ausschaltung der Juden auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet. Ein Thema bildet auch die Wiederzulassung der jüdischen Emigration und die verzögerte Gründung der Prager Zentralstelle Adolf Eichmanns.

Im vierten Kapitel geht es um die grundlegend veränderte Situation nach Kriegsbeginn. Kurzzeitig überwogen nun zentrale Maßnahmen. Das Kapitel behandelt en detail, wann und warum Hitler und seine Führung – entgegen bisherigen Meinungen – bereits früh die strategische Entscheidung trafen, die Juden aus dem Großdeutschen Reich in das besetzte Gebiet zu deportieren, und wie im neugegründeten Reichssicherheitshauptamt Eichmann diese Pläne umsetzte. An dieser Stelle wird auch die Neukonzeption der Verfolgung nach der Deportationsunterbrechung durch Heinrich Himmler im November 1939 diskutiert, die eine Revitalisierung der Zwangsemigrationsoption bedeutete, außerdem die Aktivitäten der Jüdischen Kultusgemeinde Prag bezüglich Emigration, Wohlfahrt und Schulwesen für die verarmte jüdische Bevölkerung.

Im fünften Kapitel geht es um weitere zentrale Maßnahmen und deren Ursachen, wie die Ausweitung der Hoheit von Eichmanns Zentralstelle von Prag auf das gesamte Protektorat zu Beginn des Jahres 1940, ebenso die Umwandlung der Prager Jüdischen Gemeinde in eine Zwangsorganisation für alle »Rassejuden«, zuständig nun auch für alle jüdischen Gemeinden im Protektorat, und die Auflösung bzw. Eingliederung von jüdischen Vereinen in die Prager Zwangsgemeinde. Es wird analysiert, wie die Prager Gemeinde versuchte, der rapide ansteigenden Verarmung in der jüdischen Bevölkerung als Resultat von Arbeitslosigkeit und »Arisierungen« durch intensivierete Fürsorge bzw. die Organisation von Gruppeneinsatz in Landwirtschaft und Straßenbau aktiv zu begegnen.

Frühe, bisher kaum bekannte Ghettoisierungsmaßnahmen sind ebenso Thema wie erste Fälle jüdischen Widerstandes.

Die intensivierte Ghettoisierung in vielen kleineren Orten im Protektorat spielt im sechsten Kapitel ebenso eine Rolle wie die beginnende Konzentration der Juden in bestimmten Bezirken Prags und die Einführung von neuen Isolierungsmaßnahmen im öffentlichen Raum durch die tschechische Regierung. Die immer weniger aussichtsreiche Zwangsemigration, die gleichwohl wegen des unbefristeten Aussetzens der Deportation Vorrang genoß, wird ebenso untersucht wie der Versuch, die Judenpolitik im Protektorat mehr zu zentralisieren. Gezeigt wird, wie die Kultusgemeinde im Herbst 1940 versuchte, die rapide steigenden Fürsorgelasten infolge der durch Umsiedlung und Arisierung verarmenden Bevölkerung mittels Zentralisierung und Vermittlung von Gruppenarbeitseinsätzen für private Unternehmer zu senken.

Im siebten Kapitel ist Thema, warum seit Beginn des Jahres 1941 Zentralisierung und Anpassung der antijüdischen Politik an das Modell in Deutschland überwogen, u. a. mit der Übertragung der Fürsorgepflicht auf die jüdischen Gemeinden und der Beendigung der Umschulung als Emigrationsvorbereitung. Die Zentralstelle gewann in diesem Prozeß stärkeres Gewicht, insbesondere auch in der Frage der Konzentration und Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung, die nun auch die Großstädte erfaßte. Die komplizierte politische Gemengelage demonstriert, daß das tschechische Ministerium für soziale und Gesundheitsverwaltung den Zwangseinsatz für Juden im Protektorat 1941 nach deutschem Vorbild einführte, den dann aber die deutschen Arbeitsämter organisierten. Viele der Maßnahmen der tschechischen Regierung oder der deutschen Behörden dienten der strikteren Separierung der jüdischen von der nichtjüdischen Bevölkerung.

Warum diese Trennung im Protektorat seit Spätsommer 1941 durch die Einführung des Judensterns und stärkerer Ghettoisierung noch forciert werden sollte, beschreibt das achte Kapitel. Es diskutiert auch die Intensivierung des Zwangseinsatzes, die daran Beteiligten und dessen Besonderheiten. Nach der Schilderung des Machtantritts Reinhard Heydrichs kann gezeigt werden, daß dessen drakonische Maßnahmen mit Hunderten Todesurteilen und Massenverhaftungen die Opposition und Widerständigkeit vieler Juden nicht zu brechen vermochte, die sich gegen die unzähligen Verfolgungsmaßnahmen zur Wehr setzten, ob durch Nichtbeachtung, offene Verweigerung oder auch Flucht, insbesondere nach der Wiederaufnahme der Massendeportationen, zum Teil nach Osten, zum Teil in das als Zwischenstation auf dem Weg dorthin für das Protektorat neugeschaffene Ghetto Theresienstadt.

Im vorletzten Kapitel steht die Arbeit der jüdischen Gemeindevertreter im Vordergrund: Wie sie die schier überbordenden Lasten der Verfolgung für die jüdische Bevölkerung zu mindern versuchten und auf welche Weise sie sich gegen antijüdische Maßnahmen zur Wehr setzten. Es wird auch analysiert, wie Eichmanns Zentralstelle und andere Behörden die Angestellten der Prager Kultusgemeinde und ihrer Außenstellen in die Ausführung vieler Verfolgungsmaßnahmen einbezogen, ob in die Organisation der Zwangsarbeit, die Vorbereitung der Deportationen oder die Verwertung des geraubten jüdischen Eigentums. Zu diesem späten Zeitpunkt finden sich unerwartet viele individuelle Widerstandshandlungen von Juden, ob Flucht, Sabotage oder Suizid.

Das letzte Kapitel behandelt die Jahre 1943 bis 1945. Es demonstriert, wie die deutschen Protektoratsinstanzen mehr und mehr die Judenpolitik übernahmen, so zum Beispiel die Zwangsarbeit und die Wohnkonzentration der Juden in »Mischehen«. Selbst in der letzten Kriegsphase spielte der Widerstand von Juden gegen die Verfolgung eine Rolle. Das Kapitel endet mit einem Ausblick auf die frühe Nachkriegszeit mit Gerichtsprozessen gegen die Täter, der ambivalenten Haltung des neuen Tschechoslowakischen Staates, die sich schon im Krieg abgezeichnet hatte, sowie mit den Dokumentationsbemühungen der Überlebenden.

Das hier vorgelegte Buch geht damit über bisherige Studien zur Judenverfolgung im Protektorat hinaus: Überraschende neue Befunde sind zum Beispiel, daß bereits vor der Okkupation die Tschechoslowakische Republik selbständig Juden polnischer Herkunft auswies oder daß bereits seit 1940 kleinere tschechische Städte begannen, Juden in einzelnen Straßen oder verlassenen Gebäuden zu ghettosieren, ganz ähnlich wie im besetzten Polen.

Die Studie analysiert aber nicht nur die oben angesprochene Vielfalt und Eigenständigkeit der antijüdischen Politik im Protektorat und deren Hintergründe, sondern vergleicht sie mit den Entwicklungen in Österreich, Deutschland und auch Polen. Besonderheiten zeigen sich so beim Zwangseinsatz, der statt wie 1939 in Deutschland im Protektorat erst 1941 einsetzte und dann noch bis Mai 1942 stark wuchs, als die Massendeportationen die jüdische Bevölkerung jeden Monat stark reduzierten. Entgegen bisherigen Annahmen von einer in Berlin bestimmten antijüdischen Politik existierte auch im Protektorat bis weit in den Krieg ein Gestaltungsfreiraum, der sowohl deutschen als auch tschechischen Beamten und Bürgern ein weites Feld für individuelles Engagement und damit für persönliche Verantwortung eröffnete.

Doch nicht nur die Täter sollen hier als Handelnde untersucht werden, sondern auch die Opfer der Verfolgung, die jüdische Bevölkerung.

Um eine wirklich »integrierte Geschichte des Holocaust« (Saul Friedländer) zu schreiben, werden hier nicht nur die Stimmen der Verfolgten in die Darstellung einbezogen, sondern die direkten Auswirkungen der Judenverfolgung auf die jüdische Bevölkerung ebenso untersucht wie die Antworten der jüdischen Organisationen und der Widerstand der tschechischen Juden prominent anhand neuer Quellen dokumentiert.

## Quellen

Nach mehr als einem Jahrzehnt intensiven Studiums der NS-Judenpolitik in Deutschland<sup>59</sup> und Österreich<sup>60</sup> begann ich im Jahr 2002 während eines längeren Forschungsaufenthaltes am United States Holocaust Memorial Museum mich näher mit den Verhältnissen im Protektorat Böhmen und Mähren und mit der Frage zu beschäftigen, ob auch dort die städtische Politik einen Einfluß auf die Gestaltung der Judenverfolgung hatte, was sich in den in Kopie vorliegenden Akten des Prager Staatsarchivs rasch bestätigte. Eine Einladung zu einem Vortrag auf einer Konferenz in Terezin im Jahr 2004 führte zu einer intensiveren Beschäftigung mit dem Thema und einem ersten Aufsatz als Vorstudie.<sup>61</sup> Die Kenntnis des im Archiv des United States Holocaust Memorial Museum gefundenen Materials zum Protektorat löste zunächst den Gedanken aus, eine vergleichende Studie zur jüdischen Zwangsarbeit in Deutschland, Österreich sowie Polen zu schreiben. In dem 2006 veröffentlichten Buch skizziert ein Kapitel erstmals die bis dato unbekannte Geschichte der jüdischen Zwangsarbeit in Böhmen und Mähren.<sup>62</sup> Die überraschenden Resultate dieses intensiven Vergleichs nur eines Bestandteils der antijüdischen Politik im Großdeutschen Reich zeigten die Notwendigkeit einer umfassenden Analyse und führten schließlich zu dem gemeinsam mit Jörg Osterloh herausgegebenen Band, in dem mit Hilfe eines stringenten Fragenkatalogs eingeladene Spezialisten die antijüdische Politik aller annektierten Gebiete auf vergleichbare Weise untersuchten.<sup>63</sup>

Die gezielte Einordnung in den »großdeutschen« Zusammenhang erlaubte einen genaueren und zugleich kontextualisierten Blick auf die Verhältnisse im Protektorat, woraus die oben bereits skizzierten Fragen resultieren: Wie wirkte sich hier die wechselseitige Dynamik zwischen lokalen, regionalen und zentrale Institutionen, zwischen deutschen und tschechischen Beamten und Machträgern, zwischen Peripherie (Prag) und Zentrale (Berlin) auf die antijüdische Politik aus? Welche Institutionen zeichneten im Protektorat für welche Gebiete der Verfolgungs-

politik zuständig? Wer war für eine Radikalisierung der Maßnahmen verantwortlich, wo, wann und warum? Wann genau verschoben sich die Machtverhältnisse und wieso? Gab es Wechselwirkungen zwischen der Politik im Protektorat und in Österreich bzw. zwischen dem Protektorat und dem besetzten Polen? Wie sah Berlin die Verfolgungspolitik im Protektorat, und wann bestimmte die Zentrale oder griff ein? Wie wirkten sich die widersprüchlichen Machtverhältnisse auf die jüdische Bevölkerung aus? Wie reagierte diese auf die Radikalisierung der Verfolgung?

Um diese Fragen zu beantworten, mußten vielfältige und umfangreiche Quellenstudien betrieben werden. Die Antworten auf die meisten Fragen fanden sich in den meist auf deutsch vorliegenden Dokumenten diverser Behörden, den in Deutsch oder Englisch veröffentlichten zeitgenössischen Zeitungsberichten sowie Tagebüchern und Memoiren von Überlebenden. Weniger genau konnten hier aufgrund mangelnder Tschechischkenntnisse die Interaktion von Juden und Tschechen sowie die Handlungen des unteren, meist tschechischen Verwaltungspersonals beschrieben werden.<sup>64</sup> Letzteres behinderte teilweise auch den Zugang zu unübersetzten Ergebnissen tschechischer Forschung. Allerdings erlaubten die Theresienstädter Studien mit ihren Aufsätzen, die sowohl in Tschechisch als auch in Deutsch publiziert werden, einen guten Einblick in den Stand der tschechischen Forschung. In einigen Fällen erhielt der Autor Hilfe bei Übersetzungen.

Mehr als ausgleichen konnte dieses Manko aber ein Quellenfund, der ungeahnte neue Erkenntnisse zu Gestaltung und Auswirkung der antijüdischen Politik zutage förderte. 2010 entdeckte der Autor im Archiv der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem die bisher der Forschung unbekannt, für Eichmann und dessen Zentralstelle für jüdische Auswanderung angefertigten Wochenberichte der Jüdischen Kultusgemeinde Prag (die ja bis Anfang 1940 für Prag, dann für die jüdische Bevölkerung im ganzen Protektorat zuständig war). Nicht nur die komplexe und auch widersprüchliche antijüdische Politik im Protektorat, sondern vor allem ihre Auswirkungen auf das Leben der jüdischen Bevölkerung konnten nun erstmals detailliert anhand der Wochenberichte, die bis auf ein Quartal lückenlos von Sommer 1939 bis Ende 1942 der hier vorgelegten Studie zugrunde liegen, analysiert werden. Hinzu kamen Monats-, Quartals- und Jahresberichte aus Prag sowie Briefwechsel jüdischer Gemeinden außerhalb Prags mit der örtlichen Gestapo und anderen Behörden, oder zum Beispiel die Protokolle der Kultusgemeinde Olmütz über die Vorladungen zur Gestapo, die hier erstmals in die Untersuchung einfließen. Die übrigen Quellen stammen

aus verschiedenen Archiven, Ministerialquellen zumeist aus dem Archiv des United States Holocaust Memorial Museum und dem Státní ústřední archiv (Staatliches Zentralarchiv) in Prag, Oberlandratsberichte und andere Dokumente aus dem Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Materialien jüdischer Gemeinden und Organisationen aus den Central Archives for the History of the Jewish People Jerusalem, dem Central Zionist Archives Jerusalem, dem Leo Baeck Institute Archive in New York, dem Rossiskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv ve Moskve (Russisches Staatliches Militärarchiv in Moskau – Sonderarchiv) und dem Vojehský Historický Archiv (Militärhistorisches Archiv) Prag. Der Blick wird erweitert durch die Auswertung zeitgenössischer englisch- und deutschsprachiger Zeitungen, der Berichte der Jüdischen Telegraphen-Agentur, von Zeugnissen aus der Wiener Library sowie von 22 Videointerviews mit Überlebenden aus dem USC Shoah Foundation Visual History Archive, Los Angeles. Den Band bereichern zudem bisher unbekannte Photographien sowie Grafiken aus den Wochenberichten der Kultusgemeinde.

# Die ČSR und ihre Minderheiten

## Veränderte Landkarten, neue Staaten, andere Beziehungen

Wie im Falle Deutschlands barg das Ende des Ersten Weltkrieges mit seinen die Machtverhältnisse und Landkarten in Mittel- und Osteuropa gravierend verändernden Folgen auch in Böhmen (Čechy) und Mähren (Morava) den Keim für spätere Entwicklungen in sich: Die neue Tschechoslowakische Republik, gegründet als einer der Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie, umfaßte die Mehrheit der Tschechen und Slowaken sowie deutsche, jüdische, ungarische, polnische und ruthenische Minderheiten.<sup>1</sup> Die Unabhängigkeitserklärung vom 28. Oktober 1918 versprach allen Bevölkerungsgruppen, auch den Minderheiten, gleiche Rechte und politische Vertretung.<sup>2</sup>

Die republikanische Regierung unterzeichnete die Minderheitenrechtserklärung des Pariser Friedensvertrages von St.-Germain-en-laye vom 10. September 1919 und übernahm sie (als Art. 128) in die erste Verfassung der Tschechoslowakischen Republik am 29. Februar 1920. Die Anerkennung einer jüdischen nationalen Minderheit verfolgte dabei auch das politische Ziel, die deutschen und ungarischen Gruppen im Land zu schwächen. Zu ersterer zählten sich viele der 354.000, in ihrer überwiegenden Mehrheit deutschsprachigen Juden.<sup>3</sup> 1921 lebten in der Republik mehr als 13 Millionen Menschen; neben 6.840.000 Tschechen, fast 2 Millionen Slowaken und etwas mehr als 3 Millionen Deutsche, die damit nach den Tschechen die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe der Tschechoslowakei stellten.<sup>4</sup>

Bis Ende 1930 stieg die Einwohnerzahl der Republik auf fast 15 Millionen, von denen die meisten im Westen, das heißt in Böhmen, Mähren und Schlesien, lebten sowie vier Millionen im Osten, also der Slowakei und der Karpatho-Ukraine. 900.000 Menschen wohnten damals in der Hauptstadt Prag (Praha).<sup>5</sup> 34 Prozent der Bevölkerung der Tschechoslowakei arbeiteten in der Landwirtschaft, ungefähr so viele auch in der Industrie, unter 10 Prozent jeweils im Handel, Transportwesen, dem öffentlichen Dienst und in anderen Bereichen. In Böhmen umfaßte die Agrarwirtschaft nur 24 Prozent der Beschäftigten, die Industrie aber fast 42 Prozent (ein Industrieanteil höher als in Deutschland), in der Karpatho-Ukraine lag das Verhältnis hingegen bei 62 zu 12 Prozent.<sup>6</sup>

In Böhmen stellten neben zwei Drittel Tschechen die Deutschen 1930 ein Drittel der Bevölkerung, in Mähren neben 74 Prozent Tschechen

immerhin noch fast 23 Prozent, allerdings nahm ihr Anteil aufgrund einer geringeren Geburtenrate ab.<sup>7</sup> Während Tschechen und Slowaken kulturelle und politische Freiheiten gewannen, verloren die Deutschen ihre privilegierte Stellung der Habsburgerzeit. Viele Tschechen, zuvor germanisiert, bekannten sich nun zu ihrer Republik. Die überwiegende Mehrheit der Deutschen hingegen verweigerte sich ihr und forderte sogar den Anschluß der deutschsprachigen böhmischen Gebiete an Deutsch-Österreich. Nachdem die Siegermächte dies untersagt hatten, orientierten sich die Sudetendeutschen nach Deutschland/Berlin – ebenfalls vergebens.<sup>8</sup> Allerdings wählten (und wechselten) Einwohner vor allem in den Großstädten auch ihre Nationalität nach Belieben und Vorlieben, es gab tschechisierte Deutsche und germanisierte Tschechen.<sup>9</sup> Staatsbürgerschaft gründete allein auf dem *ius soli*, jeder erhielt sie, der in der Tschechoslowakei geboren wurde. Frauen verfügten über das geheime und gleiche Wahlrecht.<sup>10</sup> Zwar erhob die Regierung in ihrem Sprachengesetz von 1920 nur Tschechisch und Slowakisch zu Staatssprachen, doch durften die Sprachen von Minderheiten, so auch das Deutsche, in lokalen Behörden jener Gebiete, wo diese mindestens ein Fünftel der Einwohner stellten, offiziell benutzt werden.<sup>11</sup> Deutsche erhielten zudem alle Minderheitenrechte garantiert, u. a. eine proportionale Vertretung im Parlament und in den Stadträten sowie Zugang zu Kultur und Bildung. 1935 besuchten 97 Prozent der deutschen Kinder deutsche Schulen.<sup>12</sup> Dessen ungeachtet warfen Deutsche den Tschechen und Slowaken vor, einen national homogenen Slawenstaat anzustreben, ihnen nicht die gleichen Rechte einzuräumen und Sudetendeutsche aus Staatsstellungen zu entfernen.<sup>13</sup>

Die nationale Reorientierung der unmittelbaren Nachkriegszeit befeuerte auch einen in Böhmen und Mähren existenten Antisemitismus, der aber verglichen mit den Nachbarländern in geringerem Maße sichtbar wurde.<sup>14</sup> In der Phase der Republikgründung kam es zu vereinzelt Demonstrationen gegen Juden, einige Geschäfte und Wohnungen in Prag wurden geplündert.<sup>15</sup> Im Städtchen Holleschau (Holešov) verwüsteten im Dezember 1918 Angehörige einer nahen Armeeeinheit zusammen mit Ortseinwohnern Apartments und Ämter. Zwei Juden starben infolge des dreitägigen Pogroms. Manche Nationalisten unter den Legionären, den tschechischen Freiwilligen der Alliierten Armeen im Ersten Weltkrieg, forderten im September 1919 eine Masaryk-Diktatur und die Entlassung von Deutschen und Juden aus Armee und Staatsapparat.<sup>16</sup> An der Deutschen Universität in Prag demonstrierten völkische Studenten. Als später Samuel Steinherz zum Rektor gewählt wurde, brach der tsche-

chische Bildungsminister schnell einem Protest gegen die »Verjudung der deutschen Universität« die Spitze ab, doch 1924 beschloß der Senat Zahl und Rechte jüdischer Studenten zu begrenzen.<sup>17</sup> Für den gleichen Zeitraum erinnert sich Anny Maass, die damals in Mährisch-Ostrau zur Schule ging, jedoch kaum an Antisemitismus.<sup>18</sup>

Später, 1927, bildete sich in der ČSR eine faschistische Partei nach italienischem Modell. Fortan gewann die antisemitische Agitation schrittweise Raum in der Presselandschaft.<sup>19</sup> An den Prager Universitäten kam es wieder zu Demonstrationen und sogar zu Attacken. Katherine Kral mußte sich damals gegen einen Angriff deutscher Studenten wehren.<sup>20</sup> Der Staatsgründer, Präsident Tomáš G. Masaryk, bekämpfte solche Tendenzen jedoch mit allen Mitteln.<sup>21</sup>

## Die jüdischen Einwohner der neuen Republik

Von den 354.000 Menschen jüdischer Religion oder Herkunft, die 1921 in der Tschechoslowakei lebten, bezeichnete sich bei der damaligen Volkszählung die Hälfte als Angehörige einer jüdischen Nationalität (11.251 von 79.777 in Böhmen, 19.016 von 45.306 in Mähren, mit höheren Anteilen im Rest der Republik). Die übrigen verstanden sich als Tschechen, Deutsche oder Ungarn.<sup>22</sup> Die Juden lebten in enger Koexistenz mit den anderen Gruppen der tschechischen Gesellschaft, sowohl in kleineren wie in größeren Städten<sup>23</sup>, während Differenzen zwischen den Gruppen oft politisch instrumentalisiert wurden.<sup>24</sup> Viele beherrschten mehrere Sprachen. Vor allem auf die Prager Juden traf der Begriff der kulturellen Hybridität<sup>25</sup> oder der multiplen Nationalität zu.<sup>26</sup> Der 1923 als Kind eines jüdischen Bankers tschechischer Herkunft und Leutnants der Reserve der Tschechischen Armee<sup>27</sup> geborene Alfred Dube wuchs im westböhmischem Pilsen (Plzeň) zweisprachig auf, tschechisch und deutsch. Er ging in eine deutsche Schule und hatte jüdische und deutsche Freunde. Sein bester Freund hieß Eddie Weck und war ein Deutscher.<sup>28</sup> Die 1913 in Mährisch-Ostrau geborene Hilda Beran sprach Deutsch zu Hause und lernte Tschechisch in der Schule. Sie besuchte erst eine jüdische Bildungseinrichtung, dann eine öffentliche höhere Mädchenschule, wo sie allerdings auch Antisemitismus erlebte.<sup>29</sup> In Prag sprach die 1921 geborene Zuzana Podmelova in der Familie Tschechisch und Deutsch, ging aber in eine deutsche Schule.<sup>30</sup>

Aufgrund der langen Siedlung und der speziellen demographischen Situation in den böhmischen Ländern hatten sich viele jüdische Einwoh-

ner stark säkularisiert, im Gegensatz zu den meisten Juden in Deutschland und Österreich, die ungeachtet ihrer Integration ihr Jüdischsein auf Religion gründeten, oder auch in anderen Teilen der Tschechoslowakei. Mit der Gründung der Republik entstand eine tschechisch-jüdische Bewegung, die für eine universale Assimilierung eintrat. Daneben hatte sich eine zionistische Bewegung mit unterschiedlichen regionalen Ausprägungen in den tschechoslowakischen Ländern entwickelt.<sup>31</sup> Außer den kommunistisch Orientierten verhielten sich die meisten Juden äußerst loyal zum tschechischen Staat.<sup>32</sup>

Für Alfred Dube, der mit zehn Jahren von Pilsen nach Prag übersiedelte, spielte Religion eine Rolle. Seine Familie zählte sich zu den Reformjuden, sein Vater hatte einen bezahlten Stammpfad in der Synagoge, und sie gingen jeden Freitag in den Tempel. Alfred erhielt seinen staatlichen Religionsunterricht in der Schule von einem Rabbi, ebenso wie die Katholiken ihre wöchentliche Religionsstunde besuchten.<sup>33</sup> Daneben gab es Familien, die eher traditionelle jüdische Werte lebten, wie in Mährisch-Ostrau (Moravská Ostrava) die begüterte Familie der 1909 geborenen Anny Maass<sup>34</sup> und die der 1921 geborenen Anna Grant. Letztere wuchs in der dortigen, nach ihrer Aussage sehr eng zusammenhaltenden, jüdischen Gemeinschaft auf. Ihre Eltern besuchten die konservativere der beiden Synagogen in der Stadt.<sup>35</sup> Andere waren nicht sehr religiös, wie die Familie der 1909 geborenen Katherine Kral, die nur zu den Hohen Feiertagen die Synagoge in Mährisch-Ostrau besuchte<sup>36</sup>, oder die Familie von Curt Allina, die, aus Wien nach Prag zugezogen, die jüdischen Feiertage nur bei Verwandten beging.<sup>37</sup> Die 1925 geborene Georgine Hyde aus Prag feierte sogar Weihnachten mit ihren Angestellten, besuchte nur zu den hohen Feiertagen eine Reformsynagoge mit Gottesdienst auf tschechisch und erlebte allenfalls bei den sehr religiösen Großeltern andere Feste.<sup>38</sup> Die Familie der 1927 geborenen Helen Jenkins ignorierte hingegen in Brünn sämtliche jüdischen Feiertage.<sup>39</sup>

Die Mehrzahl der Juden lebte aber im Osten der Republik, in der Slowakei und der Karpatho-Ukraine. Dort stellten sie 14 Prozent der Einwohner und bezeichneten sich zu annähernd 90 Prozent als Angehörige der jüdischen Nationalität. Die oft eher orthodox ausgerichteten Juden in der Slowakei und der Karpatho-Ukraine unterschieden sich kulturell, politisch und sozial von den zu großen Teilen assimilierten Juden im Westen.

Mit der Gründung der Republik wanderten zudem einige tausend orthodoxe Juden aus der Bukowina und aus Galizien ein, die sich besonders in Prag und in Mährisch-Ostrau niederließen und auch einigen

Vorbehalten gegen Flüchtlinge ausgesetzt sahen.<sup>40</sup> Die schlechte wirtschaftliche Lage und unterschiedliche Kultur der Immigranten führte zu Spannungen innerhalb der jüdischen Gemeinden.<sup>41</sup>

Der legale Status der jüdischen Gemeinden richtete sich in Böhmen und Mähren nach dem österreichischen Gesetz von 1890, in der Slowakei und der Karpatho-Ukraine nach den ungarischen Vereinbarungen von 1870. Während sich in Mähren ein reichhaltiges religiöses Leben entfaltete, eingeschlossen Wohlfahrts- und Bildungsaktivitäten, konzentrierte sich die Religionsausübung in Böhmen auf die Gemeindeinstitutionen. Nach 1918 gab es in der Tschechoslowakei drei jüdische Dachorganisationen, für Groß-Prag, für die tschechischsprachigen und für die deutschsprachigen Gemeinden. Sie schlossen sich 1926 mit den mährischen Gemeinden im Obersten Rat zusammen, der das Studium jüdischer Geschichte, Religion und Kultur unterstützte. Dieser förderte auch die Gründung des Jüdischen Museums Prag, die Übersetzung der fünf Bücher Mose ins Tschechische, die Etablierung eines Lehrstuhls für semitische Philologie an der Universität Prag sowie – bis 1938 erfolglos – die Einrichtung eines Rabbinerseminars, um dem Mangel an religiöser Bildung zu begegnen.<sup>42</sup> Denn die jüdische Bevölkerung nahm mit dem Ende des 19. Jahrhunderts stetig ab. Von 1921 bis 1931 war ihr Anteil in Mähren um 9,4 Prozent und in Böhmen um 4,3 Prozent gesunken. Zwischen 1934 und 1938 verlor die Jüdische Gemeinde Prag fast 1.500 Mitglieder, 1.130 durch Austritt und 314 durch Konversion zum Christentum.<sup>43</sup> Konversionen trugen ebenso dazu bei wie die sinkende Geburtenrate, die Säkularisierung der tschechischen Gesellschaft und die steigende Zahl interkonfessioneller Ehen (1933 schon 30 Prozent) – alles zugleich Indizien für eine starke Akkulturation und Akzeptanz der Juden in der Gesellschaft. Laut der zweiten Volkszählung in der Tschechoslowakei lebten 1930 dort insgesamt 356.830 Juden – in 150 jüdischen Gemeinden – 76.301 (21,5 Prozent) in Böhmen und 41.250 (11,5 Prozent) in Mähren und Schlesien.<sup>44</sup>

Von den 1930 etwas über 10 Millionen Einwohnern in Böhmen und Mähren stellten die 117.551 Juden gerade ein Prozent. In Böhmen gaben nur ein Fünftel der Einwohner jüdischer Religion bei der Volkszählung ihre Nationalität als jüdisch an, die Hälfte hingegen als tschechisch und über 30 Prozent als deutsch, in Mähren hingegen mehr als die Hälfte als jüdisch, etwas weniger als ein Drittel als deutsch und 17 Prozent als tschechisch. Die meisten Juden lebten in den Großstädten, in Böhmen allein fast 50 Prozent in Prag (35.403), in Mähren 25 Prozent in Brünn (Brno) (11.103) und in Mährisch-Ostrau (6.865). Mehr als die Hälfte aller

Juden in den beiden Provinzen lebte in den fünf Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern, neben Prag, Brünn und Mährisch-Ostrau waren dies in Pilsen 2.773 und in Olmütz (Olomouc) 2.198 jüdische Bewohner. Der Anteil der Juden belief sich in Prag und Brünn auf 4,2, in Mährisch-Ostrau auf 5,5, in Pilsen auf 2,4 und Olmütz auf 3,3 Prozent der Einwohner. In einigen kleineren Städten stellten jüdische Einwohner mehr als 10 Prozent.<sup>45</sup> Ähnlich wie in Westeuropa arbeitete die Mehrheit, das heißt 60 Prozent, der tschechischen Juden in Handel und Gewerbe, 14 Prozent im öffentlichen Dienst und nur wenige in der Landwirtschaft. Während in Böhmen 22 Prozent in Industrie und Handwerk tätig waren, galt dies in Mähren für einen Anteil von 28 Prozent.<sup>46</sup>

Der schon erwähnte Alfred Dube besuchte zunächst deutsche Schulen, da sein Vater von ihm wegen einer potentiellen Unternehmerkarriere absolute Zweisprachigkeit verlangte. Erst als Hitler in Deutschland an die Macht kam, wechselte Dube von der privaten deutschen an eine öffentliche tschechische Schule, wo noch drei oder vier andere jüdische Schüler lernten.<sup>47</sup>

Juden stellten in den 1930er Jahren über 10 Prozent der Studentenschaft an höheren Bildungseinrichtungen, eingeschrieben je zur Hälfte an deutschen und tschechischen Hochschulen. Jüdische Akademiker lehrten an tschechischen und deutschen Universitäten bzw. machten Karriere in vielen gesellschaftlichen Bereichen. In Kultur, Medien und Kunst brachten es viele Juden zu hohem Ansehen, ebenso in der Politik und in den meisten Parteien in der ČSR. In mehreren Koalitionsregierungen arbeiteten Minister jüdischer Herkunft. Ab 1932 übte z. B. Jaroslav Stránský, Professor für Strafrecht an der Universität Brünn, das Amt des tschechischen Justizministers aus, das er auch später in der Exilregierung in London und ebenso wieder nach 1945 in der Tschechoslowakei innehaben sollte.<sup>48</sup>

Am politischen Leben nahm die jüdische Minderheit aktiv teil, entsandte Vertreter in Stadträte und Regionalparlamente. Die zionistische Bewegung, bis 1938 geführt von Dr. Josef Rufeisen mit Hauptsitz zunächst in Prag, dann in Mährisch-Ostrau, verfolgte das Ziel einer jüdischen Heimstätte in Palästina. Sie erfuhr starke Opposition von der ultraorthodoxen Seite, die den Zionismus als Häresie ansah. In Böhmen und Mähren konnte sich der Zionismus nicht zu einer Massenbewegung ausbreiten und entfaltete erst politische Wirkung unter den Auswirkungen der NS-Diktatur.<sup>49</sup> Mit der Gründung der Republik war auch eine tschechisch-jüdische Bewegung entstanden, die, von Dr. Edvard Lederer geführt, für eine universale Assimilierung eintrat. Sie umfaßte 2.000



*Abb. 1: Jüdisches Mädchen (Margit Marowetz) auf den Straßen Prags, 1938*

Mitglieder, meist aus religiös indifferenter Kreise der kulturellen Elite stammend. Vor allem in Prag attackierten ihre Mitglieder die Ziele der Zionisten. Die Orthodoxen stellten hingegen die zahlenmäßig schwächste Gruppe innerhalb der jüdischen Gemeinschaften.<sup>50</sup>

Minderheiten gelang es nicht so einfach, bei Wahlen genügend Stimmen in der Republik zu sammeln. Die 1919 gegründete »Jüdische Partei« schaffte es Ende der 1920er Jahre erst aufgrund eines Abkommens mit der Partei der polnischen Minderheit Vertreter ins Parlament zu entsenden. Diese Partei versuchte zunächst die soziale Lage der Juden in den östlichen Landesteilen zu verbessern, kämpfte für die Anerkennung hebräischer Schulen in der Karpatho-Ukraine, und in den 1930er Jahren gegen die sich ausweitende Naziagitation, gegen lokale Nationalisten und Antisemiten.<sup>51</sup> In den westlichen Grenzregionen spürten nun besonders die Jüngeren die Ausgrenzung in den deutschen Jugendorganisationen, während die Älteren noch immer viele Beziehungen zur deutschen Mittelschicht pflegten. Gerade unter den Jüngeren fanden deshalb die Zionisten viele Anhänger.<sup>52</sup>

## Deutsche Schatten auf der tschechischen Politik

In der neuen Republik hatte sich eine heterogene Parteienlandschaft gebildet, die die unterschiedlichen kulturellen und sozialen Schichten im Land repräsentierte. Fünfzehn bis zwanzig politische Parteien entsandten Vertreter ins Parlament, wenngleich fünf Parteien den Löwenanteil der Parlamentarier stellten: die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Tschechoslowakische Sozialistische, ab 1926 National-Sozialistische Partei, die Tschechoslowakische Volkspartei, die Tschechoslowakische Nationaldemokratie und die Republikanische Partei des Landwirtschaftlichen und Kleinbäuerlichen Volkes (Agrarier).<sup>53</sup>

Die deutsche Minderheit war, und zwar sehr deutlich, im Parlament vertreten. Drei der »deutschen Parteien« standen ab 1926 in Regierungsverantwortung. Deutsche stellten sogar Minister.<sup>54</sup> Ab Mitte der 1920er dominierte unter den Deutschen der von den Deutschen Agrariern und Christlich-Sozialen propagierte »Aktivismus« gegenüber dem »Negativismus« der Nationalisten und Nationalsozialisten. 1929 entsandte die unter tschechischem Einfluß erstarkte Deutsche Sozialdemokratische Partei sogar anstelle der Klerikalen Vertreter ins Parlament.<sup>55</sup>

Doch bald veränderten externe Faktoren, die Weltwirtschaftskrise nach 1929 und das NS-Regime nach 1933, die tschechische Landschaft. Die böhmische Wirtschaft ächzte unter den Krisenfolgen und unter dem Schrumpfen der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der ČSR; insbesondere der industrialisierte Westen, wo die meisten Deutschen lebten.<sup>56</sup> Seit dem Ende der 1920er Jahre bildete sich dort unter den Deutschen eine – wie deren Wortführer Konrad Henlein (1898-1945)<sup>57</sup> es nannte –, »radikale Form« des Nationalsozialismus heraus.<sup>58</sup>

Auf die sich daraus in den 1930er Jahren entwickelnde politische Bewegung im Sudetengebiet reagierte die Prager Regierung mit starkem Druck, der zur Auflösung von radikalen Parteien führte. Die 1933 offen einen Anschluß an Deutschland propagierende Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei und die Deutsche Nationalpartei Böhmens kamen ihrem Verbot durch Selbstauflösung zuvor. Viele ihrer Mitglieder traten aber in die am 1. Oktober 1933 gegründete Sudetendeutsche Heimatfront unter Konrad Henlein ein. Die Niederlage der Nationalsozialisten stärkte zunächst die Aktivisten und die Bindung mancher Deutscher zur ČSR.<sup>59</sup>

Doch die »Erfolge« Hitlers halfen auch der 1935 auf Geheiß Prags in Sudetendeutsche Partei umbenannte Heimatfront. Sie gewann über eine Million Stimmen in den Parlamentswahlen von 1935 und profilierte sich zur stärksten politischen Kraft.<sup>60</sup> Offiziell bezeichnete sie sich als demo-

kratisch und loyal gegenüber dem tschechischen Staat, proklamierte aber das Führerprinzip und die Idee der NS-Volksgemeinschaft. Daß Henlein sich selbst nicht der Parlamentswahl gestellt hatte, empfand die tschechische Öffentlichkeit als Mißachtung der demokratischen Verfassung. Obgleich sich viele Sudetendeutsche durchaus ihrer Bindung zur ČSR bewußt wurden, entwickelte die Sudetendeutsche Partei bald ab Mitte der 1930er Jahre einen Alleinvertretungsanspruch. Als, auf den wachsenden Druck reagierend, die tschechische Regierung Dezentralisierungszugeständnisse machte, antwortete Henlein nun mit der Forderung nach vollständiger völkischer Autonomie mit eigenen »rassischen« Vertretungen.<sup>61</sup>

Der 1901 in Karlsbad geborene Arthur Löw gehörte der Sudetendeutschen Partei und dem Sudetendeutschen Freikorps an. In einem Karlsbader Café verlangte er provokativ 1936 die »Münchener Neuesten Nachrichten« anstelle einer tschechischen Zeitung. Er kritisierte offen für aller Ohren die tschechische Wirtschaft. Während in Deutschland alles schön sei, wären die Tschechen Analphabeten und unfähig zu regieren. Sie müßten verschwinden, »das müsse doch jeder einsehen. Die Ostjuden kämen hierher und machten sich breit, dagegen machten die Tschechen nichts, aber die Deutschen würden unterdrückt«. Ein von einem tschechischen Kreisgericht ausgesprochenes Urteil wurde ihm 1942 als strafmildernd ausgelegt, als er wegen abfälliger Bemerkungen über den Führer anlässlich der Entlassung von Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Obwohl das mit dem Fall befaßte Sondergericht ihn als »Halbjude[n]« bezeichnete, setzte es die Strafe zur Bewährung aus, weil er sich um das »Deutschtum im Sudetengau« verdient gemacht habe.<sup>62</sup>

Der Anschluß Österreichs an Deutschland im März 1938 versetzte dann allen Ausgleichsbemühungen den Todesstoß. Henlein begrüßte die Errichtung »Großdeutschlands« und lud alle Deutschen in der ČSR ein, in seine Volkspartei einzutreten. Daraufhin lösten sich der Bund der Landwirte und die Christlich-Soziale Volkspartei auf. Die Sozialisten verließen das Kabinett. Henlein propagierte nun offen ein vom NS-Staat und dessen antisemitischer Politik inspiriertes Programm. Die neue Partei versammelte sehr heterogene Elemente, die ihre Unzufriedenheit und die neue Idee der von Deutschland gepredigten Volksgemeinschaft zusammenhielten.<sup>63</sup> Verloren die Aktivisten in der deutschen Minderheit das Ruder an die Negationisten unter Henlein, so gewannen parallel die slowakischen Nationalisten unter Andrej Hlinka Auftrieb.<sup>64</sup>

Seit Mitte der 1930er Jahre hatte die antijüdische Agitation in der ČSR allgemein an Fahrt gewonnen. Die Sudetendeutsche Partei verfolgte

einen besonders antisemitischen Kurs.<sup>65</sup> Diese Propaganda ging meist von deutschen, aber auch von politisch rechten tschechischen und slowakischen Kreisen aus. In Pilsen erlebte der 1922 geborene Fred Klein in dieser Phase in einer deutschen Schule und in einem deutschen Turnverein versteckte verbale Angriffe.<sup>66</sup> Zwar hörte die drei Jahre jüngere Mimi Berger in ihrer Prager Schule ebenfalls antijüdische Bemerkungen, doch bestimmte dies nach ihrer Erinnerung nicht ihren Alltag.<sup>67</sup>

Wenngleich ein latenter Antisemitismus in Teilen der Bevölkerung existierte, galt die Republik insgesamt als liberal und sehr positiv zu den Juden eingestellt.<sup>68</sup> Alfred Duve stellte rückschauend fest, daß es besonders in Prag, bis Hitler Böhmen okkupierte, kaum Antisemitismus gegeben hätte.<sup>69</sup> Jüdische Gemeinden riefen zudem dazu auf, daß »weder Einzelne noch jüdische Körperschaften Anlaß geben zu Unwillen und Verbitterung der nichtjüdischen Bevölkerung«.<sup>70</sup>

Die antisemitische Agitation richtete sich gegen den »jüdischen Bolschewismus« und speziell gegen die wachsende Zahl der Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich: Denn seit 1933 suchten Tausende politisch und rassistisch Verfolgte Zuflucht in der Tschechoslowakei. Regierung und Bevölkerung empfingen die ersten Hilfesuchenden wohlwollend, bis der Druck der rechten politischen Kräfte zu einer restriktiveren Einwanderungspolitik der ČSR führte.

### Das »Problem« der jüdischen Flüchtlinge

Tausende vom NS-Regime Verfolgte flüchteten in die Tschechoslowakei, die über eine lange gemeinsame grüne Grenze mit den verschiedenen Gebieten des Deutschen Reiches verfügte. In Prag gründete sich ein jüdisches Hilfskomitee für die Flüchtlinge, die zunächst aus Deutschland, dann aus Österreich, schließlich aus dem Sudetenland ankamen. Hinzu kamen eines der Sozialdemokraten, eines der Kommunisten und eines der tschechischen Intellektuellen.<sup>71</sup> Das jüdische Komitee wirkte bald mit den internationalen jüdischen Organisationen HICEM und Joint Distribution Committee zusammen, um das Los der jüdischen Verfolgten zu erleichtern. Mitte der 1930er Jahre vereinigten sich alle Hilfsgruppen zu einem Nationalen Koordinationskomitee. Geld sprudelte aus verschiedenen Quellen, von einzelnen Wohlhabenden, dem tschechoslowakischen Präsidenten, den Quäkern in den USA und der Roten Hilfe in Moskau.<sup>72</sup>

Sowohl Regierung als auch Bevölkerung empfingen die ersten Flüchtenden mit offenen Armen. Doch der wachsende Druck der rechten

politischen Kräfte führte ab Mitte der 1930er Jahre zu einer restriktiveren Einwanderungspolitik, die dann besonders die Österreicher traf.<sup>73</sup> 3.600 Emigranten vermittelte allein das jüdische Hilfskomitee in andere Staaten. Einige Flüchtlinge, die von anderen Ländern nicht aufgenommen wurden, schickten die ČSR-Behörden jetzt sogar nach Deutschland zurück. Selbst tschechische Juden befürchteten eine zu starke Germanisierung der Judenheit, die von der übrigen Bevölkerung kritisch aufgenommen werden würde.<sup>74</sup>

An der Jahreswende 1937/1938 wies die Tschechoslowakische Republik offenbar gezielt polnische Juden aus ihrem Staatsgebiet aus. In Mährisch-Ostrau holte die tschechische Polizei Juden polnischer Staatsangehörigkeit im Februar massenweise aus ihren Wohnungen und schob sie über die nahe Grenze nach Polen ab. Wie in einem Fall dokumentiert, schickten polnische Grenzbeamte die Ausgewiesenen jedoch postwendend wieder zurück. Jene wandten sich an die Kultusgemeinde in Mährisch-Ostrau, die sie dann der örtlichen Polizei überstellte. Der Gemeinde wurden daher später Vorwürfe gemacht, sich nicht genug für die polnischen Juden eingesetzt zu haben. Besonders bitter sei dies in Fällen gewesen, wo es sich um frühere Gemeindeangestellte oder Menschen, die 50 Jahre am Ort gelebt hätten, gehandelt habe. Die Gemeindeangestellten hätten damals offen erklärt, sich nicht für polnische Juden bei den tschechischen Behörden stark machen zu wollen, nicht einmal als sie von Verhaftungen erfahren hätten. Dies sei offenbar in der irrigen Annahme geschehen, daß durch den »Abgang der polnischen Juden die Stellung der tschechischen Juden gefestigt werden« könne.<sup>75</sup>

## Migration, Agitation und Diktatur: Die Zweite Republik

In Deutschland verstärkte sich der propagandistische Druck auf die ČSR. Die Zeitschrift »Volk und Reich« druckte in der März-Nummer von 1938 mehrere antisemitische Artikel zur Judenfrage in verschiedenen Ländern Mittel- und Osteuropas. Georg Hartmann phantasierte dort über die Macht der Juden in der Tschechoslowakei. Sein Beitrag gipfelte in dem Resümee: »Es gibt heute in der Tschechoslowakischen Republik keinen Lebensabschnitt, der nicht irgendwie in Abhängigkeit zum Judentum geraten wäre, der sich – falls er nichts mit ihm zu tun haben will – nicht mit ihm auseinandersetzen müßte. Besonders wichtig für das Binnen-deutschtum wird das jüdische Problem aber im Zusammenhang mit der deutsch-tschechischen Frage.«<sup>76</sup>

Ganz allgemein wurde in der Zeitschrift die Tschechoslowakei der Kriegstreiberei bezichtigt und die Unterdrückung der Sudetendeutschen kritisiert.<sup>77</sup> Die Tschechoslowakische Republik mit 15 Millionen Einwohnern, einer der modernsten Armeen Europas, starken Verteidigungsausbauten und einer entwickelten Rüstungswirtschaft stellte durchaus einen ernst zu nehmenden Gegner dar.<sup>78</sup> Schon die Zeitgenossen ahnten, daß die deutschen Minderheiten die Rolle des Trojanischen Pferdes für das Deutsche Reich spielten, um die tschechischen Bastionen zu überwinden.<sup>79</sup>

Der NS-Staat sah sich als Repräsentant der »Großdeutschen Volksgemeinschaft« befügt, in das Leben und in die Politik anderer Staaten einzugreifen.<sup>80</sup> Die tschechoslowakische Regierung empfand dies hingegen als Ausdruck eines traditionellen pangermanischen Imperialismus.<sup>81</sup> Von außen wie von innen nahm der Druck auf die ČSR zu, deren Gründungspräsident Masaryk 1935 zurücktrat und 1937 starb.

Nach dem Auslaufen des deutsch-polnischen Abkommens für Oberschlesien, dem pogromähnliche Ausschreitungen im Juli 1937 gegen die dortige jüdische Bevölkerung folgten, sowie der Annexion Österreichs im März 1938 mit der dann folgenden beispiellosen Judenverfolgung spitzte sich die Situation im Sommer zu: Naziagitation, organisierte Gewalt sowie Boykotte von jüdischen und tschechischen Geschäften forciert durch die Heineintruppen dominierten das Leben im Sudetengebiet.<sup>82</sup> Aus dem Sudetenland, aber vor allem aus Österreich versuchten viele Menschen vor der Gewalt zu fliehen. An der südmährischen Grenze verhinderten die tschechischen Beamten nunmehr täglich den Übertritt Hunderter jüdischer Flüchtlinge. Obwohl mit einem »dauernden Aufenthalt in der ČSR aus politischen und ökonomischen Gründen nicht zu rechnen sei«, versprach die Prager Regierung nach Intervention des britischen Außenministeriums die in einem Lager in Brünn zusammengefaßten Juden vorerst nicht abzuschieben.<sup>83</sup>

Politische Kreise in der Republik selbst nutzten diese Situation und agitierten gegen die Juden: Das tschechisch-klerikale Blatt »Lydowe Listy« bemängelte, daß die Juden sich angeblich nicht genügend als tschechoslowakische Staatsbürger aufführten, sie würden in den Sudetengebieten noch immer deutsch sprechen und damit das Tschechentum schwächen. Sie müßten sich schnellstens »nationalisier[en]«, wenn sie weiter mit Sympathien in der ČSR rechnen wollten.<sup>84</sup>

Insbesondere nach der aggressiven Hitlerrede zum Abschluß des »ersten Reichsparteitags Großdeutschlands« am 12. September 1938, in der er die angebliche Unterdrückung der Deutschen durch die Prager Re-

gierung als verbrecherisch verurteilte, brach sich die Gewalt im Sudetenland Bahn.<sup>85</sup> Ein SD-Bericht beschrieb, daß während nächtlicher Kundgebungen für einen Anschluß an Deutschland am 13. September in diversen sudetendeutschen Orten, vor allem im Egerland, »bei jüdischen und tschechischen Geschäften« Scheiben eingeschlagen worden waren, woraufhin Juden und Tschechen begonnen hätten zu fliehen.<sup>86</sup>

Der tschechische Staat verhängte Mitte September aufgrund dieser Entwicklung das Standrecht über diverse Bezirke im Sudetengebiet und in Nordböhmen.<sup>87</sup> Dessen ungeachtet attackierten Henleins Männer weiter jüdische und nichtjüdische Tschechen. Tschechische Behörden befreiten 17 Juden, die von Henleins SA-Leuten in Marienbad festgehalten worden waren.<sup>88</sup> Jüdische Prominente wie der bekannte Zionist Dr. Emil Margulies in Leitmeritz erhielten Todesdrohungen. Die Fluchtbewegung nahm jetzt ein solches Ausmaß an, daß z. B. von 3.000 in Karlsbad lebenden Juden 2.000 in Prag Hilfe suchten.<sup>89</sup>

Die ČSR hatte den Sudetendeutschen sehr große Freiheiten gewährt, wenngleich nie eine Autonomie. Diese bot sie ihnen erst im Spätsommer 1938 an, als jene längst weitergehende Interessen verfolgten. Ende September gaben Großbritannien und Frankreich – zu Recht einen Krieg fürchtend – den nun von Hitler in Nürnberg offen ausgesprochenen Forderungen nach Selbstbestimmung der Sudetendeutschen und Abtretung der an Deutschland grenzenden Gebiete nach.<sup>90</sup>

Das Münchner Diktat vom 30. September 1938 teilte die junge Republik de facto in drei Teile: Das Sudetengebiet ging an Deutschland, und die Slowakei erhielt eine weitgehende Autonomie. Die verstümmelte Tschechoslowakei verlor an Deutschland nicht nur drei Zehntel ihres Territoriums (siehe Abb. 2), ein Viertel der Bevölkerung und unzählige Bodenschätze, sondern auch ihre tausend Jahre alte (stark befestigte) Grenze.<sup>91</sup> Im annektierten Sudetengebiet verhaftete die Gestapo in den nächsten Tagen und Wochen Zehntausende »Feinde des Reiches«, was eine starke Fluchtwelle auslöste. Sie ordnete die Ausweisung vieler Juden an und gab ihnen in vielen Fällen nur 48 Stunden Zeit.<sup>92</sup> Sofort nach dem Einmarsch der deutschen Truppen setzten Attacken gegen Geschäfte von Juden ein, Läden wurden zum Beispiel in Karlsbad, Eger und Franzensbad demoliert. Unter den Juden kam es zu Selbstmorden, wie im Fall des Rechtsanwaltes Dr. Rudolf Lederer aus Teplitz, der sich von einem Turm stürzte.<sup>93</sup> Nach kurzer Zeit waren kaum noch 2.000 Juden im Sudetengebiet übrig.<sup>94</sup>

In dem Schlesien angegliederten Teil Mährens setzte nach einem SD-Bericht »bereits nach Bekanntwerden des Münchener Abkommens eine

plötzliche und heftige Reaktion innerhalb der Judenschaft ein. Noch vor der Besetzung verließen die meisten Juden diesen Gebietsteil, zum Teil unter Zurücklassung erheblicher Besitz- und sonstiger Vermögenswerte. Es blieben fast ausschließlich ältere und gebrechliche Juden zurück. Da überdies im Zuge der Besetzung die provisorische Überleitung jüdischer Geschäfte in »arischen« Besitz durch sofortige Einsetzung von Treuhändern in die Wege geleitet wurde, wich die Durchführung der Sühneaktion in Mähren wesentlich von der im Altreich ab und vollzog sich hier weniger heftig.«<sup>95</sup> In den nächsten Tagen und Wochen verstopften »jüdische und marxistische Flüchtlinge« die Züge und Bahnhöfe, wo die Menschen auf der Erde schiefen.<sup>96</sup>

Das im Deutschen Reich überregional organisierte antijüdische Pogrom vom November 1938 erfaßte auch das Sudetengebiet. Synagogen wurden in vielen Orten angezündet, Juden attackiert, verfolgt und in Lagern konzentriert.<sup>97</sup> Insgesamt flohen ungefähr 7.000 Juden.<sup>98</sup> Zeitungen im Sudetengebiet berichteten bald höhnisch, daß ganze Städte bereits »judenfrei« seien, wie die Marienbader Zeitung am 16. November auf seiner Titelseite.<sup>99</sup>

Im tschechischen Rumpfstaat lebten nach Auskunft des Prager statistischen Amtes nun über 259.000 Glaubensjuden, außer den Flüchtlingen 252.000, davon 99.000 in Böhmen, Mähren und Schlesien, 87.000 in der Slowakei und 66.000 in der Karpatho-Ukraine.<sup>100</sup> Die neue Flüchtlingswelle verstärkte antideutsche und antijüdische Ressentiments in Teilen der tschechischen Bevölkerung. Die »C.V.Zeitung« berichtete, daß die Prager Regierung erwäge, einen Teil der Juden bald zur Auswanderung zu bringen. Solche Ziele propagierten auch die Agrarzeitung »Venko«, die »Narodny Politika« und andere Blätter. Dagegen betonten Vertreter des Judentums, daß sie immer loyal zur tschechischen Republik gestanden hätten und dies gelte auch für den neuen Staat. Eine jüdische Zeitung in Prag erscheine seit kurzem als Zeichen des guten Willens in Tschechisch.<sup>101</sup>

Während die Jüdische Partei und die Zionisten Loyalitätserklärungen an den tschechischen Staat abgaben, führte die noch vor seinem Weggang ins Exil am 15. Oktober 1938 von Eduard Beneš Ende September gebildete Regierung unter General Syrový das Land, die sogenannte Zweite Republik, künftig autoritär, verbot die Kommunistische Partei und schuf eine Einheitsgewerkschaft. Sie setzte aber auch Polizei gegen antisemitische Demonstrationen ein, worin sie auch durch die katholische Kirche bestärkt wurde. Allerdings gab sie einer zunehmenden nationalistischen Stimmung nach und ordnete an, daß alle seit 1914 Eingewanderten das Land zu verlassen hätten. Die tschechische Regierung erhielt

einen 10-Millionen-Pfund-Kredit von Frankreich und Großbritannien, teilweise um die Sudetenflüchtlinge zu versorgen und die Emigration der Juden und der gefährdeten deutschen Nazizegner zu organisieren. In der Slowakei verhängte die von Andrej Hlinka geführte Volkspartei (Hlinkova slovenská ľudová strana) erste antijüdische Maßnahmen, Tausende Juden wurden Ende Oktober in die nun Ungarn zugeschlagenen Gebiete deportiert.<sup>102</sup> Daraufhin vertrieb Ungarn Juden aus seinem neuen Territorien. Für Hunderte endete dies im Niemandsland. Ähnliches geschah in den polnischen Grenzgebieten. 1.700 polnisch-jüdische Familien gelangten als nun Staatenlose nach Mährisch-Ostrau, das nur noch Minuten von der deutschen und der polnischen Grenze entfernt lag.<sup>103</sup>

Ende November 1938 wurde Emil Hácha (1872-1945)<sup>104</sup> zum Staatspräsidenten gewählt und die politisch rechtsorientierte Regierung Rudolf Beran (1887-1954) gebildet. Die Slowakei erhielt eine weitgehende Autonomie, das Land nannte sich jetzt Tschecho-Slowakei. Die Regierung lehnte zwar antisemitische Maßnahmen ab, unterschied aber zwischen alteingesessenen und zugewanderten Juden. Letztere forderte sie zur Ausreise auf. Der Druck der volksdeutschen Gruppen von innen und der NS-Regierung von außen nahm gleichwohl weiter zu.<sup>105</sup> Einige tschechische Zeitungen begannen nun antisemitische Artikel zu veröffentlichen.<sup>106</sup> So behauptete eine tschechische Zeitung in Brünn, daß die Hälfte der Studenten an der landwirtschaftlichen Hochschule Juden wären, was bei den nichtjüdischen Studenten angeblich »große Beunruhigung und Empörung hervorgerufen« habe.<sup>107</sup>

Die Juden selbst reagierten hoch sensibel. Der Präsident der Jüdischen Gemeinde in Prag, Dr. Emil Kafka, empfahl Anfang November in einem Zeitungsartikel den Flüchtlingen aus dem Sudetenland, in der Öffentlichkeit auf den Gebrauch der deutschen Sprache und auf den übermäßigen Besuch von Cafés und Restaurants zu verzichten, um die Tschechen nicht zu sehr zu irritieren.<sup>108</sup> Später sandte der Oberste Rat der Jüdischen Gemeinden ein Memorandum »betreffend die jüdische Frage« an die tschechische Regierung, in dem es neben der Flüchtlingsproblematik auch um die Garantie der Bürgerrechte der Juden und der Religionsfreiheit sowie die Ablehnung wirtschaftlicher Benachteiligung ging. Zionisten, Revisionisten und die tschechischen Juden sandten danach noch eigene Petitionen.<sup>109</sup>

Die tschechische Gesellschaft stand vor einer schweren sozialen und politischen Prüfung, da Hunderttausende tschechische sowie auch deutsche Flüchtlinge untergebracht und versorgt werden mußten. Hitler hingegen hatte kein Interesse, den Rest der ehemals drei Millionen

Volksdeutschen aus den tschechischen Staatsgebieten aufzunehmen. Sie sollten weiter zur Destabilisierung der ČSR beitragen. Wenngleich die tschechische Regierung auf internationale Interventionen wegen der antijüdischen Politik offiziell positiv reagierte, agierte sie intern anders.<sup>110</sup>

Im November und Dezember 1938 zählten die tschechischen Behörden 68.212 und 128.087 geflüchtete Tschechen und Slowaken, 8.817 und 10.965 Deutsche.<sup>111</sup> In jenen Wochen mußten alle Juden das Sudetenland verlassen, manche erhielten eine Frist von fünf, andere von 30 Tagen, wieder andere bis Ende Januar 1939.<sup>112</sup> In den beiden Monaten flüchteten demnach 4.765 und 6.234 Juden. Nach dem Religionsbekenntnis zählten die Tschechen sogar 12.392 bzw. 15.186 jüdische Flüchtlinge; viele von ihnen bekannten sich zur tschechischen Nationalität.<sup>113</sup> Zeitgenossen berichteten von 17.000 bis 20.000 Juden, die meisten von ihnen ließen sich in Prag, Brünn, Mährisch-Ostrau und Olmütz nieder.<sup>114</sup> In kleineren Städten fürchteten die Einwohner Versorgungsprobleme nach der Ankunft von Flüchtlingen, was zu antisemitischen Spannungen führte.<sup>115</sup>

Die jüdischen und die politisch links stehenden Flüchtlinge aus dem Sudetenland fürchteten in der Tschechischen Republik den angedrohten Rücktransport, das ihnen potentiell Haft und Tod drohten. Viele nahmen sich deshalb das Leben.<sup>116</sup> Arnold Stein beschrieb die Situation seiner Familie in einem Tagebuch für sein Kind: »Aus Karlsbad mußten wir flüchten. Wir mußten, obzwar wir es freiwillig taten, trotz 100facher Aufforderung seitens der guten Bevölkerung, daß uns doch nichts geschehen werde. [...] Mein Geschäft u. die Wohnung haben wir dortgelassen. Mutters Strickmaschinen mitgebracht. Nun leben wir seit Ende Sept. 38 hier in Prag. Erst bei Tante Trude, dann bei Serafine Novotna in der Bělskeho und nun seit 15.II. in der Nekazanka 8. Von unserem ständigen Hetzen u. Jagen von Amt zu Amt, jede Woche neue Verordnungen mit erforderlichen Dokumenten etc., ein Chaos in welchem sich niemand auskennt u. nach dessen Erledigung die ganze Sache für die Katze war. Dazu kommen Laufereien zu den Consulaten.«<sup>117</sup> Arnold Steins Frau und Kind reisten im März 1939 weiter nach England.<sup>118</sup> Über die Hälfte der Flüchtlinge blieb nicht, sondern emigrierte später trotz vieler Hemmnisse.<sup>119</sup>

### Die antijüdischen Aktionen der neuen Regierung

Daß aus dem Sudetengebiet viele Juden vertrieben wurden und in die ČSR flüchteten, trug zu einem wachsenden Antisemitismus dort bei. Schon am 22. Dezember 1938 ordnete der tschechische Bildungsminister

Dr. Jan Kapras eine unbefristete Beurlaubung der jüdischen Professoren der deutschen Karls-Universität und der beiden deutschen technischen Hochschulen in Brünn und Prag an. Ob 30 oder mehr Dozenten von der Maßnahme betroffen sein würden, hing von der Anwendung von Definitionen ähnlich denen der Nürnberger Gesetze oder der Zugrundelegung weniger strikter Regeln ab. Der Tschecho-Slowakische Ministerrat diskutierte am selben Tag die »Judenfrage«. Unterrichtete Kreise nahmen an, daß ein Numerus clausus im Bildungswesen für Juden, Restriktionen gegen Ärzte sowie eine Säuberung des öffentlichen Dienstes durch frühzeitige Pensionierungen, die sich gegen Juden richtete, erörtert wurden. Beschlossen wurde die Beurlaubung aller jüdischen Lehrer an deutschen Lehranstalten, von der Volksschule bis zu den Universitäten, vom 1. Januar 1939 an.<sup>120</sup>

In ebenjenen Tagen verabschiedete die Jugendorganisation der Národní souručenství (Nationale Gemeinschaft) ein Programm, um den tschechoslowakischen Staat zu erneuern. Zur Nation zählten nicht die Juden, so hieß es da; das betraf alle Menschen, die nur einen jüdischen Großelternanteil hatten, selbst wenn sie eine slawische Sprache beherrschten. Sie seien eine »andersnationale Minderheit« und ihr Schicksal werde ein spezielles Gesetz regeln. Sie würden aus dem Staatsdienst ausgeschlossen und aus dem Bildungssystem entfernt. Ihre Beteiligung in anderen Bereichen werde nach ihrem Anteil an der Bevölkerung reorganisiert.<sup>121</sup>

In Prag verbreiteten Zeitungen, daß die Beran-Regierung eine »Lösung der Judenfrage« plane. Allerdings ließ Rudolf Beran in seiner Regierungserklärung nur sehr Allgemeines verlauten, offenbar – wie deutsche Zeitungen vermuteten – wegen Drucks aus England. Wie man in Wien erfuhr, bereite seine Regierung gleichwohl vor, »eine Konskribierung aller Juden« durchzuführen, wobei ihnen nicht mehr freigestellt werde, sich zu einer anderen als der jüdischen Nation zu bekennen. Vorausichtlich diene eine Volkszählung im kommenden März dazu, ein solches »Judenkataster« zu erstellen, das dann erlaube, den Anteil der Juden festzustellen. Während Juden aus der Politik, aus dem Staatsdienst, dem Bildungswesen und den Medien ganz zu entfernen seien, werde nach dem Proporz-Schlüssel in Wirtschaft, Industrie und Finanzen verfahren. Staatsbürgerschaften und Vermögen der Juden sollten einer strikten Überprüfung unterzogen werden. Allerdings gelange dabei nicht die von der Nationalen Jugend geforderte Extremdefinition, sondern jene der Nürnberger Gesetze zur Anwendung.<sup>122</sup>

Die Jugend der Nationalen Einheitspartei hielt Anfang Januar 1939 ihre erste Kundgebung ab, auf der die alte Beneš-Regierung heftig kri-

tisiert und der Führer der 1929 gegründeten Nationalen Faschistischen Gesellschaft (Národní obec fašistická) Radola Gajda herzlich begrüßt wurde. Obwohl in den Zeitschriften der national-tschechischen Jugend erklärt worden war, die »Judenfrage müsse auf rassistischer Grundlage« geklärt werden, und Kundgebungsteilnehmer mehrmals »Juden hinaus« riefen, verabschiedeten die Mitglieder kein antijüdisches Programm.<sup>123</sup>

Der »Pražský Večer« (Prager Abend), die Zeitung der Nationalen Gemeinschaft, schrieb Anfang 1939, die Regierung bereite eine methodische Lösung der Judenfrage vor und habe entschieden, 10.000 Juden und andere Emigranten auszuweisen.<sup>124</sup> Am 5. Januar berichtete die »Deutsche Allgemeine Zeitung« in Berlin, daß einige Minister mit der Ausarbeitung von Verordnungen gegen Juden beauftragt worden seien.<sup>125</sup> Tschechische Rechtsanwälte bildeten in Prag unterdessen einen »arischen« Anwaltsklub, dem 300 Rechtsanwälte beitraten. Der Verein der mährischen Rechtsanwälte hatte Juden ganz ausgeschlossen, während das böhmische Pendant dem nicht folgte.<sup>126</sup> Die Prager Vereinigung tschechischer Advokaten schloß Ende Januar 127 jüdische Mitglieder aus. Der Juristenverein »Všherd«, eine der wichtigsten tschechischen Studentenorganisationen, verlangte vom Schulminister in einer Denkschrift in ihrem Berufsstand die »Regelung der Judenfrage«, um bessere Berufsaussichten für junge Juristen zu schaffen.<sup>127</sup>

Reagierend auf Protestbriefe jüdischer und nichtjüdischer Organisationen aus dem Ausland, bewilligte die Regierung ein Devisenpaket aus der sog. Pfundanleihe für die Ausweisung der 10.000 Flüchtlinge. Laut der tschechischen Zeitung »Expreß« richteten mehr als 20 Ärzte- und Rechtsanwaltsverbände einen gemeinsamen Antrag an die Regierung, um Juden und Halbjuden die Berufsausübung nur in Ausnahmefällen zu gestatten und dies auf ihren Anteil an der Bevölkerung zu begrenzen. Wie die amtliche Zeitung der NSDAP in Reichenberg, »Die Zeit« herausstrich, befänden sich unter den 1.200 Advokaten in Prag mehr als 600 Juden, außerdem 110 der 235 Rechtsanwälte in Brünn, 75 der 160 Advokaten in Mährisch-Ostrau und 28 der 65 Juristen in Olmütz ; insgesamt stellten Juden in Böhmen 35 Prozent, in Mähren 46 Prozent der Anwaltschaft. Im Ärztestand sei ihr Anteil noch höher, bei den Medizinern im Krankenversicherungswesen betrage dieser mehr als 70 Prozent.<sup>128</sup>

Der Tschecho-Slowakische Ministerrat bewilligte für jeden Emigranten 120.000 Kronen in Devisen, zu einem 25 Prozent höheren Kurs. Zudem bildete er einen Ausschuß »zur Lösung der Judenfrage« mit zwei Unterkomitees, dem ersten gehörten Landwirtschaftsminister Dr. La-

dislav Feierabend, Finanzminister Josef Kalfus und Handelsminister Dr. Vlastimil Šadek an, dem zweiten Innenminister Dr. Ottokar Fischer und Minister Dr. Jiří Havelka.<sup>129</sup>

Mitte des Monats Januar 1939 diskutierte der Ministerrat ein »Jungengesetz«, welches sich an das kürzlich erlassene »ungarische Gesetz in seiner verschärften Form« nach Presseberichten mit verschiedenen Anteilsbegrenzungen in bestimmten Berufsgruppen und unterschiedlichen Fristen anlehnte.<sup>130</sup> Der Vorschlag des kürzlich eingesetzten Ministerratsausschusses, der eine Lösung der Judenfrage auf »rassischer Grundlage« befürwortete, sah zudem eine Volkszählung nach »Abstammung« vor, auf deren Grundlage dann die Beschränkungen eingeführt werden sollten.<sup>131</sup> Zugleich bereitete die Generalversammlung der tschechoslowakischen Rechtsanwaltsorganisationen Ausschlußbestimmungen vor, gegen die die jüdischen Vertreter bereits in einer Beschwerde gegen den angekündigten Beschluß eine gerichtliche Klage wegen Berufsstörung androhten.<sup>132</sup> Dies zeigt, daß nicht erst Hitlers direkter Druck in seinem persönlichen Gespräch mit Außenminister František Chvalkowský (1885-1945)<sup>133</sup> am 21. Januar 1939 für die antijüdischen Maßnahmen ausschlaggebend gewesen wäre, wie oft behauptet.<sup>134</sup> Die Initiativen resultierten vielmehr aus Diskussionen in der neuen tschechischen Regierung.

Die Prager Regierung beschloß am 27. Januar 1939 zwei Verordnungen: Die eine schuf die Grundlage für die Ausweisung aller seit 1914 Zugewanderten, das betraf auch tschecho-slowakische Staatsangehörige, die andere befahl die Überprüfung der seit 1918 verliehenen Staatsangehörigkeiten. Darüber hinaus sollten Juden aus dem Staatsdienst, aus Presse und Kultur entfernt, ihre Betätigung in den freien Berufen und ihr Einfluß im Konzernwesen der Wirtschaft beschränkt werden.<sup>135</sup>

Am 9. Februar organisierte der Jugendverband der Nationalen Einheitspartei antisemitische Demonstrationen in Prag. Nach einer Versammlung auf der Sophieninsel zogen die Teilnehmer vom Moldauufer los mit Rufen wie »Den Arbeitern Arbeit, den Juden den Strick!«. Am Nationaltheater löste die Polizei die Demonstration auf. Etliche Teilnehmer versuchten zum Wenzelsplatz weiterzumarschieren, wo sie erneut auf Polizei trafen, die viele verhaftete.<sup>136</sup>

In der Folge informierte das Verkehrsministerium am 25. Februar, daß bei der Staatsbahn, den Postdirektionen sowie den Sparkassen in Prag und Brünn »Bedienstete jüdischer Abstammung« zu beurlauben seien, wenn sie nicht freiwillig ausschieden. Jude sei der- oder diejenige, dessen/deren Eltern beide eine Zeitlang der jüdischen Religion angehört hätten.<sup>137</sup> Bereits am 19. Februar hatte das Innenministerium eine ent-

sprechende Anordnung für die öffentliche Verwaltung erlassen.<sup>138</sup> Die Armee beurlaubte jüdische Offiziere, jüdische Ärzte sollten ihre Stellen an öffentlichen Krankenhäusern aufgeben. 45 Professoren des deutschen Teils der Karls-Universität Prag wurden pensioniert. Deutsche Schulen und Tageszeitungen entließen jüdische Lehrer und Journalisten. Bildungsminister Kapras forderte die Universität in Brünn ultimativ auf, die Vorlesungen ihres Professors für Strafrecht und früheren Justizministers, Jaroslav Stránský, zu beenden, da er jüdischer Herkunft sei. Der Verband der tschechischen Mediziner nahm in Zukunft nur noch »Arier« auf.<sup>139</sup>

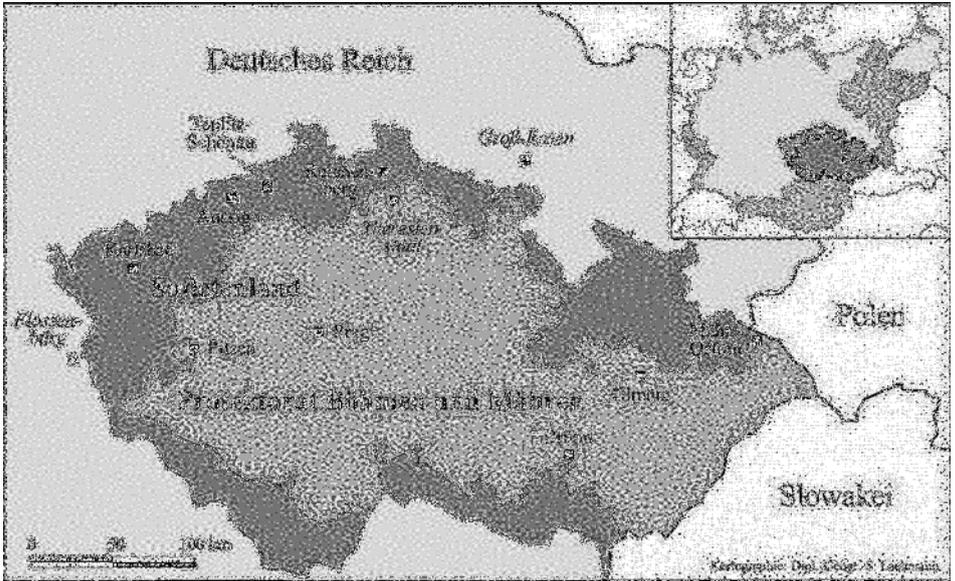
Infolge der oben erwähnten Ausweisung verließen 14.000 Juden das Land, diese unfreiwillige Entscheidung sollte manchem das Leben retten. Auch viele andere Menschen versuchten das Land zu verlassen und bestürmten seit November in immer größerer Zahl die Prager Paßbehörden. 60 Prozent der täglich 700 ausgestellten Pässe erhielten Juden und politische Emigranten, die vor allem nach Südamerika, in die USA und nach Skandinavien flüchteten.<sup>140</sup>

\* \* \*

Die aus den Folgen des Ersten Weltkriegs geborene Tschechoslowakische Republik galt als weniger antisemitisch als ihre Nachbarstaaten. Die meisten der etwa 350.000 jüdischen Einwohner lebten, insbesondere in Böhmen und Mähren, gut integriert und assimiliert. Viele pflegten intensive Beziehungen zu ihren tschechischen oder deutschen Nachbarn, sprachen mehrere Sprachen und spielten eine wichtige Rolle im politischen und kulturellen Leben des neuen Staates.

Angeheizt von der nationalistischen Atmosphäre, kam es gleichwohl im Zuge der Staatsbildung zu antisemitischen Attacken. Angesichts der Bildung der neuen tschechoslowakischen Nation sahen manche die Juden als ein Hindernis an, da viele von ihnen der deutschen Minderheit zugerechnet wurden. Tschechische nationalistische und faschistische Gruppen sowie auch deutschnationale und nationalsozialistische Kreise beförderten in den 1930er Jahren antijüdische Propaganda. Doch bildeten antijüdische Vorfälle die Ausnahme und wurden insbesondere von Staatsgründer Masaryk bis zu seinem Rücktritt 1935 konsequent verfolgt.

Als infolge der Repressionen im NS-Staat, dem Anschluß von Österreich und der Separatistenbewegung im Sudetengebiet mehr und mehr politische und jüdische Flüchtlinge in der Tschechoslowakischen Re-



*Abb. 2: Karte des Protektorats Böhmen und Mähren*

publik eintrafen, verhärtete sich – angeblich aufgrund wachsender sozialer Spannungen – die Haltung der Regierung. Nach dem Verlust des Sudetengebietes infolge des Münchner Diktats bildete sich eine neue, autoritäre Regierung der Tschecho-Slowakei. Unter Beran reagierte diese mit ersten antijüdischen Maßnahmen wie Ausweisungen von Juden, die nicht vor 1914 hier gelebt hatten, und Entlassungen aus dem Staatsapparat. Auch tschechische Standesorganisationen begannen Juden auszuschließen. Diese antijüdischen Maßnahmen erfolgten selbständig und unter Einfluß radikaler tschechischer Kreise und weniger als Folge direkten Drucks von Hitler, der inzwischen bereits die gewaltsame Annexion des angeschlagenen Staates vorbereitete.